

ALiNa

Altonaer
Linke Nachrichten

ALiNa Nr. 16 · Herbst/Winter 2019/2020



Im Heft:

- Klimaschutz und Klassenpolitik
- Friedrich Engels zur Wohnungsfrage
- Ein Mietendeckel für Hamburg
- Der braune Sumpf der AFD

beigeheftet:
Broschüre der
Linksfraktion Altona

Aufruf von Fridays For Future zum GLOBALEN KLIMASTREIK

am 20. September 2019



Während in Berlin das Klimakabinett tagt und in New York einer der wichtigsten UN-Gipfel des Jahres vorbereitet wird, will FFF den 20. September zum größten globalen Klimastreiktag aller Zeiten machen.

Ausdrücklich sind alle Generationen aufgerufen, sich an dem Streik zu beteiligen: Eltern, Großeltern, Erwachsene ohne Kinder, Lehrer*innen, Wissenschaftler*innen, Sportler*innen, verschiedene Gruppen und Institutionen wie Gewerkschaften, Umweltverbände ...

FFF schreiben: „Zusammen fordern wir einen gerechten und konsequenten Klimaschutz und die Einhaltung des Pariser Klima-Abkommens. Um das zu erreichen, braucht es mehr als den Streik von Schüler*innen, Azubis und Studierenden. Dafür braucht es alle, die sich gemeinsam für diese großen Veränderungen zusammentun und die Ärmel hochkrepeln. Seit Jahrzehnten duckt sich die Politik vor ihrer Verantwortung weg. Damit endlich etwas passiert, braucht es eine lautstarke Gesellschaft – egal ob jung oder alt – die am 20.9. miteinander eine Klimapolitik des Zusammenhalts einfordert.“

Deshalb brauchen wir euch!“

Auch in Hamburg wird zu einer Großdemonstration mit anschließender Kundgebung am 20.9. aufgerufen.

Dazu hat es Vorbereitungstreffen gegeben an denen u.a. folgende Gruppen beteiligt waren:

Parents for Future, Verdi-Leitung HH, DGB, Scientists for Future, Seebrücke, BUND Hamburg, Gewerkschaft NGG, IG Metall, Ver.di Jugend, Verband christlicher Pfadfinder, Sozialistische Alternative, Kampagne Make Rojava Green Again, BUND Jugend HH, 8.März Streik Bündnis, Energietisch, CampusGrün (Uni Hamburg), Hamburger Zukunftsrat, Infozentrum globales Lernen, Hamburger Forum Für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung, By 2020 we rise up, SDS (Uni Hamburg), Attac, Grüne Jugend Hamburg, AstA HAW, AstA TUHH, Gegenstrom Hamburg, AG Umwelt – die Linke, Bündnis Unteilbar, Sauerkrautfabrik, sozialistische Jugendorganisation Jung Struggle, Ende Gelände, Interventionistische Linke, Fridays for Future

Auf diese Demo folgt eine Aktionswoche und am 27.9. soll wieder eine Schulstreikdemo stattfinden.

Kommt alle zu der Demo am 20.9. 2019, um 12.00 Uhr zum Jungfernstieg und bringt Eure Forderungen lautstark und auf Transparenten und Schildern ein. Machen wir den Herrschenden Dampf!



**Demo am 20.9.2019
12.00 am Jungfernstieg**



fridaysforfuture.de/allefuersklima/

Inhaltsverzeichnis:

CO ₂ -Steuer: (K)eine Lösung?!	Seite 2	Heideruh – Sommerfest mit	Seite 11
Klimaschutz und Klassenpolitik	Seite 3	außergewöhnlichem Theatererlebnis	
Ökologischer Kapitalismus? Dasselbe in Grün!	Seite 5	„Nun lebt wohl und werdet Kämpfer“ –	Seite 12
CO ₂ -Steuer: (K)eine Lösung?!	Seite 6	87 Jahre Altonaer Blutsonntag	
Ein Mietendeckel für Hamburg	Seite 7	Die AfD: vom „Flügel“ braun gebrannt	Seite 14
Friedrich Engels zur Wohnungsfrage	Seite 8	Pisagua – ein politischer Reisebericht	Seite 16
Zwischen Lachen und Weinen – Die LINKE bei den Mai-Wahlen	Seite 9	Bücherkiste Links	Seite 19

Klimaschutz und Klassenpolitik

Bereits zum dritten Mal wurde im Sommer 2019 der Allzeit-Hitzerekord in Deutschland gebrochen. Der Klimawandel ist auch hierzulande spürbare Realität geworden. Gleichzeitig haben die Klima-Proteste mit der „Fridays for Future“-Bewegung eine bisher ungekannte Dynamik angenommen.

Wer ist verantwortlich für die herannahende Klimakatastrophe?

Tatsächlich sind nicht alle Menschen gleichermaßen verantwortlich zu machen - im Gegenteil: Zwei Drittel aller seit Beginn der industriellen Revolution ausgestoßenen Treibhausgase gehen auf das Konto von nur 90 Konzernen. Die reichsten 10% der Bevölkerung sind für über die Hälfte der gegenwärtigen CO2-Emissionen verantwortlich. Ein Angehöriger des reichsten Prozents der Weltbevölkerung ist für 175mal mehr Treibhausgase verantwortlich als ein Angehöriger der ärmsten zehn Prozent, hat die Hilfsorganisation Oxfam berechnet.

Es ist dabei keineswegs ein Zufall, dass diese Zahlen gleichermaßen das Spiegelbild der sozialen Ungleichheit sind, in deren Folge heute die reichsten 10% der Weltbevölkerung über 85% aller Vermögen besitzen, während sich die restlichen 90% der Menschen die verbleibenden knappen 15% aufteilen dürfen.

Soziale Ungleichheit und Klimawandel bedingen einander, denn sie entspringen der selben Quelle: dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, in dem alle Unternehmen bei Strafe ihres Untergangs auf den Märkten gezwungen sind, um jeden Preis so viel Profit wie nur irgendwie möglich zu erwirtschaften, völlig ungeachtet der Kosten, die die Umwelt und die armen und arbeitenden Menschen für diese Profite zahlen müssen.

Wer sind die ersten Leidtragenden des Klimawandels?

Und es werden zuerst die Armen sein, deren Leben durch den Klimawandel zerstört wird. Bereits jetzt treffen Hitzewellen, Dürreperioden und Überschwemmungen ganz überproportional arme Länder. In nicht allzuferner Zukunft wird der Klimawandel die Lebensbedingungen auch in einem reichen Land wie Deutschland zunehmend beeinträchtigen. Doch werden die Reichen die letzten sein,

die es betrifft: sie können ihre Häuser als erste mit Klimaanlage ausrüsten, werden sich eine Bleibe in kühleren Gegenden organisieren können - und sich Villen in den Bergen kaufen, wenn die Ebenen in den Fluten versinken. Solange die bestehenden Eigentumsverhältnisse und das sie hervorbringende Wirtschaftssystem nicht fundamental geändert werden, werden alle Appelle an „die Menschen“, sich einzuschränken und einen klimafreundlicheren Lebenswandel zu beginnen, nutzlos verhallen. Denn welchen Sinn soll es haben, einen Lebenswandel einzuschränken, der sowieso nur minimal zum Klimawandel beiträgt, solange Konzerne und

Energiewende verweigern und in unverantwortlicher Weise weiter auf die Kohle setzen. Es sind die Lebensmittelkonzerne, die seit Jahren eine Abkehr von Plastikverpackungen sabotieren. Es sind die Eigner der Kreuzfahrt- und Containerschiffe, die unverdrossen unsere Luft verpesten. Ein echter Klimaschutz ist nur in harter Frontstellung gegen diese Konzerne und ihre Profitinteressen denkbar. Und die potenziell größte Macht, diese Konzerne in die Knie zu zwingen, haben die Menschen, die für sie arbeiten müssen, um über die Runden zu kommen. Denn wenn sie ihre Arbeit niederlegen, bricht die ganze Macht und Herrlichkeit der Konzerne, die auf der Ausbeutung



Foto: Karin Desmarowitz

Superreiche den Planeten gnadenlos weiter in die Klimakatastrophe treiben?

Was muss sofort passieren?

Eine sozialistische Klimapolitik darf aber natürlich nicht tatenlos auf das Ende des Kapitalismus warten. Konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz müssen unverzüglich und mit höchster Priorität in Angriff genommen werden. Entscheidend ist dabei die eigentlich Verantwortlichen zu erkennen: Es sind die deutschen Autokonzerne, die seit Jahrzehnten eine Verkehrswende blockieren. Es sind die deutschen Stromkonzerne, die sich einer

ihrer Arbeiter*innen beruht, in sich zusammen. Würden sich die arbeitenden Menschen vereinigen und als arbeitende Klasse kollektiv der Klasse der Eigentümer, Ausbeuter und Klimazerstörer entgegentreten: das Tor stünde offen zu einer vernünftigen Ordnung der Welt, in der endlich der Mensch, die Umwelt und der Klimaschutz im Zentrum stehen - und nicht mehr die Profite der Kapitalisten. Der Neoliberalismus hat die Arbeiterklasse versprengt, gespalten und geschwächt. Oberstes Ziel linker Politik muss daher sein, die Macht der arbeitenden Klasse in den konkreten Kämpfen um Umverteilung



und Klimaschutz wiederaufzubauen und klimabewegte Aktivist*innen für eine klassenpolitische Orientierung zu gewinnen.

Wer kann die sozial-ökologische Klima-Wende durchsetzen?

Ein großes Problem ist allerdings, dass gerade die dringend erforderlichen Klimaschutzmaßnahmen eine Vereinigung der arbeitenden Klasse und das Zusammengehen mit der Klima-Bewegung zu erschweren drohen: die Beschäftigten in der Kohle-, Auto- oder Rüstungsindustrie fürchten um die Zukunft ihrer Arbeitsplätze – eine Sorge, die unter kapitalistischen Rahmenbedingungen keineswegs unbegründet ist. Es besteht daher die reale Gefahr, dass sie sich gegen die Klima-Bewegung wenden und auf die Seite ihrer Konzerne schlagen, um ihre Arbeitsplätze zu verteidigen und ihrem Absturz in Arbeitslosigkeit und Armut zu entgehen.

Beschäftigten etwa der Energie- und Autokonzerne – mitzunehmen und ihre Anliegen mit denen der aufkommenden Klima-Bewegung zusammenzubringen. Dies wird nur gelingen, wenn linke Politik konkrete Klimaschutzmaßnahmen mit Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Lohnarbeitenden verknüpft – etwa durch Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen. Dies muss verbunden sein mit dem Kampf um eine vernünftige Organisation von Gesellschaft und Produktion im Interesse der übergroßen Mehrheit der Menschen – also mit der Perspektive auf eine wirklich demokratische, sozialistische Gesellschaft. In einer solchen Gesellschaft würde durch massive Arbeitszeitverkürzung nicht nur die Arbeit gerecht verteilt werden, sondern auch ausreichend Freizeit zur Verfügung stehen, um einen klimafreundlicheren Lebenswandel der Einzelnen zu ermöglichen. Massive Investitionen in den öffentlichen Verkehr würden Alternativen zu Auto und

notwendigen, umfassenden Antworten liefern, weil sie den ökonomischen Rahmen keinesfalls antasten wollen, der die Zerstörung des Klimas wie auch die Ausbeutung der arbeitenden Menschen notwendig hervorbringt.

Linke Politik muss diese Lücke füllen, und fundamentale Antworten anbieten: den Bruch mit den klimazerstörenden kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnissen und letztlich den Aufbau einer demokratischen sozialistischen Weltrepublik. Diese wird überhaupt erst die Voraussetzungen schaffen, um im Weltmaßstab die notwendigen Maßnahmen zur Rettung des Klimas zu ergreifen, die gegenwärtig von den großen Konzernen und den ihren Interessen verpflichteten Regierungen der einzelnen Nationalstaaten blockiert werden.

Träger*innen einer solchen ökosozialistischen Transformation müssen – neben Kli-



Eine sozialistische Klassenpolitik, die den Klimawandel aufhalten möchte, muss daher immer verschiedenes leisten: Zuvörderst und im Bündnis mit der Klima-Bewegung und den Gewerkschaften den Kampf für den Klimaschutz gegen die Hauptverantwortlichen des Klimawandels organisieren, gegen Großkonzerne und Superreiche. Die großen Konzerne müssen unter öffentliche demokratische Kontrolle gestellt und ihr Handeln dem Allgemeinwohl – insbesondere dem Klima- und Umweltschutz, aber auch guten Arbeitsbedingungen und guten Löhnen – verpflichtet werden. Die Vermögen der Superreichen müssen enteignet und zum Schutz von Umwelt und Klima, zur Absicherung guter Arbeit und zum Abbau der globalen sozialen Ungleichheit verwendet werden.

Gleichzeitig gilt es, den Spaltungslinien innerhalb der Arbeiterklasse entgegenzuwirken und alle Teile der Klasse – auch die

Kurzstreckenflügen schaffen und den Transport von der Straße auf die Schiene verlagern. Kein Beschäftigter eines klimaschädlichen Unternehmens müsste Angst vor dem Verlust seines dortigen Arbeitsplatzes mehr haben, wenn die Gesellschaft ihm Einkommen und Wohnung sowie einen klimaneutralen Arbeitsplatz garantieren würde. Sobald eine Gesellschaft als Ganze sich ernsthaft und glaubwürdig dem Schutz des Klimas und dem größtmöglichen Wohlergehen aller ihrer Mitglieder verpflichtet, wird es auch eine echte Bereitschaft der Einzelnen geben, den individuellen Lebenswandel klimafreundlich anzupassen.

Fazit

Der Klimawandel stellt die Menschheit vor fundamentale Herausforderungen. Die Grünen werfen zwar einige der großen Fragen unserer Zukunft auf, können aber keine der

ma- und Umweltbewegungen wie „Fridays for Future“ – im Wesentlichen die arbeitenden Menschen sein, da nur sie die potenzielle Macht haben, der Herrschaft von Großkonzernen und Superreichen ein Ende zu setzen. Nur durch den Wiederaufbau der Macht der arbeitenden Klasse in konkreten Kämpfen um Klimaschutz und Umverteilung wird sich die Perspektive auf eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft entwickeln lassen – und nur durch eine solche, umfassende Perspektive werden die verschiedenen Teile der arbeitenden Klasse im Kampf gegen die klimazerstörenden Großkonzerne miteinander verbunden werden können. Eine so verstandene sozialistische Klassenpolitik bietet die einzig realistische Option, die drohende Klimakatastrophe abzuwenden und der Menschheit in Gleichheit und Freiheit eine langfristige und damit klimaneutrale Zukunft zu erkämpfen.

Florian Wilde

Ökologischer Kapitalismus? Dasselbe in Grün!

Seit Monaten streiken freitags tausende Schüler*innen in Hamburg für Maßnahmen gegen den Klimawandel. Damit haben sie eine Debatte über die Ursachen der Umweltzerstörung angestoßen. Angela Merkel und andere versuchen die Bewegung auszunutzen, um in ihrem Interesse Reformen durchzusetzen. Aber gerade jetzt darf die Bewegung keine Illusionen in Maßnahmen schüren, die zum Nachteil der lohnabhängigen Bevölkerung sind und an den systemischen Ursachen der Umweltkrise nichts ändern.

Die CO₂-Steuer soll es richten?

Derzeit wird heiß über die CO₂-Steuer diskutiert, die zwar Produkte für die Endverbraucher*innen teurer machen würde, aber die Produktionsbedingungen nicht infrage stellt. Pendler*innen mit Durchschnittslohn, die mit dem Auto zur Arbeit fahren müssen, weil der schlecht ausgebaute und überteuerte ÖPNV keine Alternative ist, könnten ungefähr 100€ mehr im Monat zahlen.

Die CO₂-Steuer wird sich vor allem auf ärmere Schichten auswirken, während reiche Vielflieger*innen oder SUV-Fahrer*innen sich den Mehrverbrauch weiterhin leisten können. Solche Maßnahmen werden die soziale Spaltung verstärken, statt dass die Kosten der verursachten Umweltschäden von den direkten Verursachern getragen werden – den großen Industrien, Banken und Konzernen.

Nur noch Bambus-Zahnbürsten und Baumwoll-Pullis?

Eine weitere Illusion ist, dass wir durch unseren individuellen Konsum und unser Kaufverhalten die Umweltzerstörung aufhalten könnten. Dabei kann sich einerseits nicht jede*r einen Baumwoll-Pullover für 50€ oder den regelmäßigen Einkauf im Biomarkt leisten.

Andererseits bestimmt der Kapitalist immer noch, unter welchen Bedingungen die Waren produziert werden. Auf viele Bereiche haben die Konsument*innen nicht einmal minimalen Einfluss – was nicht angeboten wird, kann auch nicht gekauft werden. Über Investitionsfelder genauso wie über Produktionsweise und Transportwege der Güter entscheiden

nach wie vor die Chefs der Banken und Konzerne. Zudem gibt es große Industrien, die nicht für den Endverbraucher produzieren wie z.B. die Rüstungsindustrie, oder von denen der Mensch stark abhängig ist wie die Pharmaindustrie.

Die Lösung liegt nicht im Kaufverhalten des Einzelnen, sondern in der Vergesellschaftung der Produktion, über die nicht einzelne Kapitalist*innen in diktatorischer Weise, sondern die lohnabhängige Bevölkerung kollektiv demokratisch und entsprechend unserer Bedürfnisse entscheiden soll. Noch dazu brauchen wir schon hier und heute Investitionskontrollen, die Öffnung der Geschäftsbücher der großen Banken und Konzerne und eine staatliche Kontrolle über den Außenhandel.

Ist Fliegen zu billig?

Als Folge der erstarkenden Umweltbewegung, der Krise im Bereich Gesundheit und Wohnen und anderer sozialer Missstände

häufen sich die Forderungen nach Enteignungen und Verstaatlichungen zentraler Wirtschaftssektoren. Enteignungen und Verstaatlichungen, sowie die demokratische Kontrolle der Banken und Konzerne durch die Beschäftigten, sind dringend erforderlich, um eine sozial gerechte und nachhaltige Wirtschaft aufzubauen.

Gleichzeitig lehnen wir Maßnahmen wie die geforderte staatliche Preiserhöhung für Flugreisen oder Fleischprodukte ab, denn sie stellen sich in eine Reihe mit weiteren unsocialen Maßnahmen, die uns die herrschende Klasse als grün verkaufen will, die aber statt die großen Produzenten und Konzerne die einzelnen Verbraucher*innen treffen.

Stattdessen fordern wir einen staatlichen, gut ausgebauten Nah- und Fernverkehr zum Nulltarif, ein öffentliches, kostenloses und ökologisches Transportsystem und dass endlich die wirklich Verantwortlichen – die Kapitalisten – für die entstandene Umweltzerstörung zur Rechenschaft gezogen werden!



Illustration:
Pixabay/Noupload

Jobs und Ökologie sind kein Widerspruch

Die Herrschenden versuchen uns weiszumachen, dass Soziales und Ökologie ein Widerspruch sind. Wenn klar wird, dass Veränderungen notwendig sind, werden die Beschäftigten dazu gezwungen, das auszubauen und nicht die Kapitalisten und Konzerne selbst. Dabei haben nicht die Beschäftigten von RWE sich dafür entschieden den Hambacher Wald abzuholzen, sondern ihre Chefs. Wir wollen einen Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter für den nachhaltigen Umbau der Schlüsselindustrien, garantierte Ersatzarbeitsplätze für alle Beschäftigten zu gleichen Bedingungen und kostenlose Umschulungen bei voller Lohnfortzahlung.

Wie wir etwas ändern

Was wir wirklich brauchen ist eine Wirtschaft, die nicht nach Profiten, sondern nach den Bedürfnissen der Gesellschaft funktioniert sowie demokratisch kontrolliert und verwaltet wird durch gewählte Vertreter*innen der Beschäftigten, Gewerkschaften und des Staates. Um das zu erkämpfen, brauchen wir die Beschäftigten in den Betrieben, denn sie haben die Macht die Wirtschaft zum Stillstand zu bringen und den Kampf um die ökonomische Kontrolle zu führen. Aus diesem Grund müssen die Gewerkschaften zum gemeinsamen und entschlossenen Kampf für Umwelt und Soziales aufrufen.

Denn der Klimawandel lässt nicht auf sich warten und der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft ist heute nötiger denn je!

*Tim Härtlein und Nadja Habibi
(Linksjugend Hamburg Altona)*



Foto: Karin Desmarowitz

Für Euch/Sie gelesen - Eine Artikelempfehlung

CO₂-Steuer: (K)eine Lösung?!

Jürgen Ehlers und Yaak Pabst belegen in ihrem Artikel im Marx21-Magazin Sommer 2019, dass eine CO₂-Steuer nicht zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes beiträgt. Im Gegenteil, sie weckt Illusionen, Profitstreben und Umweltschutz ließen sich miteinander vereinbaren.

Angebliches Ziel der CO₂-Steuer ist, über negative finanzielle Anreize, die Menschen zu klimafreundlichem Verhalten zu bewegen.

Im obenstehenden ALiNa-Artikel „Ökologischer Kapitalismus? Dasselbe in Grün!“ ist schon darauf hingewiesen worden, dass die CO₂-Steuer Haushalte mit niedrigem Einkommen finanziell treffen wird – trotz des sog. sozialen Ausgleichs –, während die Wohlhabenderen, aber kein Problem haben, den Aufschlag zu zahlen und somit auch nicht ihr Verhalten ändern müssen.

Ein weiterer Aspekt: Besonders widersinnig erscheint es, eine CO₂-Steuer einzuführen, wenn man die negativen Erfahrungen der Länder, die eine CO₂-Steuer seit Jahren eingeführt haben, berücksichtigt. 56 Staaten haben laut Weltbank eine der Varianten der CO₂-Bepreisung eingeführt oder sind gerade dabei sie einzuführen. Die Befürworter*innen einer CO₂-Steuer geben an, im Vergleich zum Jahr 1990 hätten all diese Länder ihre Treibhausgasemissionen senken können. Bei genauem Hinsehen fällt aber auf, auch die Länder, die keine CO₂-Abgabe eingeführt haben, konnten ihren CO₂-Ausstoß reduzieren. (Gründe: technische Innovationen, Deindustrialisierung, 2007/8 einsetzende Wirtschaftskrise) Ver-



Foto: Regine Christiansen

gleicht man allerdings jüngere Daten, so wird man feststellen, dass in einigen Ländern mit CO₂-Steuer, die Emissionen sogar gestiegen sind! (Finnland, Frankreich, Schweiz, Britisch-Kolumbien) Nur Schweden konnte die CO₂-Werte vom Jahr 2015 auf 2016 geringfügig (1,7%) reduzieren.

Die Verfasser des Artikels geben an, dass dieses nicht verwundere, denn die CO₂-Steuer stelle die Verantwortung des Individuums ins Zentrum und nicht die Produktionsverhältnisse. Die Großkonzerne aber verheizen den Planeten. 89% der Treibhausgasemissionen stammten aus fossilen Brennstoffen, die bei der Energiegewinnung (Öl, Gas, Kohle) und der Industrie anfielen. Zu den Hauptverursachern der Klimaerwärmung gehörten die mächtigsten Konzerne der Welt, sie täten alles dafür, um den „fossilen Kapitalismus“ am Laufen zu halten. Exxon, BP, Shell usw. unterstützten sogar die CO₂-Steuer, denn sie wüssten genau, dass sie ihre Macht dafür einsetzen könnten, Ausnahmegenehmigungen durchzusetzen. „Alle Nationalstaaten wollen die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie fördern und machen den Konzernen erhebliche Zugeständnisse bei der CO₂-Abgabe.“

Wollten wir den Klimawandel stoppen, müsste als erstes die Macht der fossilen Energiekonzerne gebrochen werden, deswegen fordere DIE LINKE zurecht, dass die großen Energiekonzerne vergesellschaftet werden sollten.

Es lohnt sich, den ausführlichen Artikel ganz zu lesen!

www.marx21.de/co2-steuer-keine-loesung

Marlit Klaus

Fünf Jahre keine Mieterhöhungen – ein Mietendeckel für Hamburg macht's möglich!

Das kennt wirklich jede*r: Wenn im Topf die Suppe blubbert, spritzt und überkocht, dann helfen nur zwei Dinge: Temperatur herunterfahren und vor allem – Deckel drauf! Sonst gibt es eine Katastrophe. So ähnlich ist das auch mit den Mieten in Hamburg.

Allein in den letzten acht Jahren sind die Mieten hier durchschnittlich um fast 20 Prozent gestiegen. Weder die Löhne noch die Inflationsrate kommen da nach. Kein Wunder, dass immer mehr Menschen feststellen müssen, dass die Miete ihren Lohn oder die Rente regelrecht auffrisst. Umziehen in eine billigere Wohnung ist ein unerfüllbarer Traum: Der Bestand an preisgünstigem Wohnraum wird immer weiter eingedampft und droht zu verdunsten.

Während seriöse Vermieter*innen sich auch um ihre Mieter*innen und deren Wohlergehen sorgen, gieren die anderen nur nach maximalen Renditen. Ausländische Geldanleger*innen, Pensionsfonds und Unternehmen wie Vonovia und Akelius wollen mit dem Betongold fette Kohle machen und die ziehen sie den Mieter*innen aus der Tasche. So stellte die "Plattform Kritischer Immobilienaktionär*innen" nach Durchsicht des Vonovia-Geschäftsberichts 2018 fest, dass von jedem Euro Miete etwa 38 Cent an die Aktionär*innen flossen. "Ihr spekuliert auf Rendite - Wir malochen für die Miete", war deshalb zutreffend beim Mietenmove auf einem Plakat zu lesen.

Gegen solche Katastrophen, gegen die hochkochenden Mieten in Hamburg, brauchen wir dringend einen Deckel. Die Stadt Berlin bereitet gerade so einen Mietendeckel vor: Fünf Jahre lang dürfen die Mieten nicht erhöht werden. Wird eine Wohnung weitervermietet, gilt die zuletzt gezahlte Miete. Lag diese über der Mietobergrenze, muss sie gesenkt werden. Energetische Modernisierungen, bei denen die Bruttowarmmiete um mehr als 50 Cent pro Quadratmeter ansteigt, müssen angezeigt werden und werden nur nach umfangreicher Prüfung genehmigt.

Wer jetzt befürchtet, damit würden Vermieter*innen in den Ruin getrieben und würden Wohnungen verloddern, kann beruhigt sein: Liegt wirklich ein wirtschaftlicher Härtefall vor, kann im Notfall und auf Antrag eine Mieterhöhung zugelassen werden. Und nur dann. Für die Betongoldgräber hingegen ist die Zeit der maximalen Profite vorbei.



Wenn Sie sich jetzt fragen, warum es diesen Deckel in Hamburg noch nicht gibt, bekommen Sie zwei Antworten. Erstens sind jahrelang alle – Politiker*innen wie Mietrechtsexpert*innen – davon ausgegangen, dass nur der Bund Regelungen im Mietpreisrecht treffen dürfe, ein Bundesland wie Hamburg alleine nichts machen könne. Der findige Berliner Jurist Peter Weber hat nun Ende letzten Jahres nachgewiesen, dass auch ein Landesmietengesetz möglich ist. Mittlerweile liegen diverse Gutachten vor, die die Rechts- und Verfassungsmäßigkeit eines solchen Landesgesetzes bestätigen.

Zweitens sind die hiesige SPD und die Grünen bei dieser Frage bisher völlig bockbeinig und beratungsresistent. Während in Berlin der rot-rot-grüne Senat den Mietendeckel vorantreibt und er dort ab Anfang 2020 gelten soll, sieht der Hamburger Senat nur Probleme und keine Lösungen: Als DIE LINKE im Februar einen Mietendeckel für Hamburg

beantragte, kommentierte Senatorin Stapelfeld das von oben herab: "Sie glauben, dass Sie hier auf einen Zug aufspringen können, nur es ist gar kein Zug da." Da hat sie sich getäuscht: Mittlerweile gibt es in mehreren Bundesländern starke Bewegungen für einen Mietendeckel. Selbst in Bayern startete Ende April ein Volksbegehren für einen Mietestopp.

Für den Schutz der Hamburger Mieter*innen ist der Mietendeckel eine Riesenchance, auch weil sich zeigt, dass "bauen, bauen, bauen" als rot-grüne Medizin gegen den Mietenwahnsinn nicht hilft. Das Gute ist, dass Hamburg hier ganz alleine tätig werden kann. Es muss nicht auf ein neues Bundesgesetz oder irgendeine Einigung im Bundeskabinett warten. Der Senat kann sofort die Temperatur im Topf herunterfahren und den Deckel drauf tun. Er muss es nur wollen!

Friedrich Engels zur Wohnungsfrage



Engels im Jahr 1891; Foto: William Elliott Debenham

Engels sagt, Eigentumswohnungen binde die Lohnabhängigen nur noch stärker an die kapitalistische Produktionsweise und nutze so vor allem der Bourgeoisie. Er erklärt in seiner im gleichen Blatt erschienen Erwiderung, wie die Wohnungsfrage politisch einzuordnen sei. Er bezeichnet sie als einen von zahllosen „sekundären“ Übelständen, die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehen.

Hören wir Engels im Original: „Solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, solange ist es Torheit, die Wohnungsfrage oder eine andere das Schicksal der Arbeiter betreffende einzeln lösen zu wollen. Die Lösung liegt aber in der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, in der Aneignung aller Lebens- und Arbeitsmittel durch die Arbeiterklasse selbst.“ „Der Eckstein der kapitalistischen Produktionsweise aber ist die Tatsache, dass unsere jetzige Gesellschaftsordnung den Kapitalisten in den Stand setzt, die Arbeitskraft des Arbeiters zur ihrem Wert zu kaufen, aber weit mehr als ihren Wert aus ihr herauszuschlagen, indem er den Arbeiter länger arbeiten lässt als zur Wiedererzeugung des für die Arbeitskraft bezahlten Preises nötig ist. Der auf diese Weise erzeugte Mehrwert wird verteilt unter die Gesamtklasse der Kapitalisten und Grundeigentümer, nebst ihren bezahlten Dienern, vom Papst und Kaiser bis zum Nachtwächter und darunter. [...] Soviel ist sicher, dass alle, die nicht arbeiten, eben

1872/3 erschienen im sozialdemokratischen „Volksstaat“ in Leipzig zunächst anonym sechs Artikel zur Wohnungsfrage. Später gab sich der Verfasser als Dr. med. A. Mülberger zu erkennen. Mülberger fordert in seiner Artikelreihe eine Wohnungspolitik, die die Arbeiterfamilien zu Eigentümern von Wohnraum macht. Damit bezieht er sich auf die Ideen des Frühsozialismus (Proudhon).

nur leben können von Abfällen dieses Mehrwertes, die ihnen auf die eine oder andere Weise zufließen.“ Engels fügt hinzu, „dass (im Sozialismus) nicht jeder einzelne Arbeiter Besitzer dieses vollen Ertrages seiner Arbeit wird, wohl aber die ganze aus lauter Arbeitern bestehende Gesellschaft Besitzerin des gesamten Produktes ihrer Arbeit, das sie teilweise zur Konsumtion unter ihre Mitglieder erteilt, teilweise zum Ersatz und zur Vermehrung ihrer Produktionsmittel verwendet und teilweise als Reservefonds der Produktion und Konsumtion aufspeichert.“

Engels sagt, Prellerei, ob durch den Krämer oder den Vermieter, treffe die Ärmeren härter als die reicheren Gesellschaftsklassen. Sie trifft aber nicht ausschließlich die Arbeiterklasse. Sie ist also nicht seiner Klasse eigentümlich, also kein Klassenmerkmal. Vermieter und Mieter – mag der eine der Kapitalistenklasse angehören, der andere der Arbeiterklasse – begegnen sich nicht auf der Ebene ihres Klassenwiderspruchs, nicht auf der Ebene der Produktion, sondern auf der Ebene des Konsums. Der Konsument aber wird nicht ausgebeutet, sondern geprellt.

Engels wundert sich, dass Mülberger von einer sozialdemokratischen Redaktion überhaupt veröffentlicht wurde. Daraus schließt er seinem Vorwort zur zweiten Auflage seines Textes im Jahre 1887, in der Sozialdemokratischen Partei bis hinein in die Reichstagsfraktion fände ein gewisser kleinbürgerlicher Sozialismus seine Vertretung. „Und zwar in der Weise, dass man zwar die Grundanschauungen des modernen Sozialismus und die Forderung, alle Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, als berechtigt anerkennt, aber ihre Verwirklichung nur in entfernter, praktisch unabsehbarer Zeit für möglich erklärt“. Und schärfer noch: „Es ist das Wesen des bürgerlichen Sozialismus, die Grundlage aller Übel der heutigen Gesellschaft aufrechtzuerhalten und gleichzeitig diese Übel abschaffen zu wollen. Die bürgerlichen Sozialisten wollen, wie schon das Kommunistische Manifest sagt, „den sozialen Missständen abhelfen, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern.“

In einem Artikel über die Wohnungsmiete entrüstet sich Mülberger darüber, dass sich ein Miethaus über die Bruttomiete mehrfach



Foto: Stockvault/Merelize

bezahlt macht. Miete ist für Mülberger reine Willkür. Er will sie abschaffen. Dazu Engels: „Wer ökonomische Schritte zur Abschaffung der Miete vorschlägt, der ist doch wohl verpflichtet, etwas mehr von der Miete zu wissen, als dass sie den Tribut darstellt, den der Mieter dem ewigen Rechte des Kapitals bezahlt.“ Engels erklärt nun den Lesern, dass Vermietung der stückweise Verkauf des Tauschwertes ist. Anders als ein Brot verlangt der Konsum eines Hauses eine gewisse Zeit. Für den Verzicht auf die sofortige Rückzahlung des vorgeschossenen Kapitals wird der Hausbesitzer durch Verzinsung entschädigt.

Mülberger schlägt vor, den Zinsfuß von 7% auf 1% zu senken. Engels muss ihm nun aufzeigen, dass nicht die Verzinsung dafür verantwortlich ist, dass sich das Haus-Kapital mehrfach über die Miete amortisiert, sondern vor allen Dingen die Grundrente aus Privateigentum an Grund und Boden auf dem das Haus steht. Mit anderen Worten, der Kapitalzins könnte ganz abgeschafft werden, trotzdem muss Miete gezahlt werden.

Mülberger verlangt zu guter Letzt, wir sollen praktisch werden und nicht nur tote abstrakte Formeln ins Feld führen. * Engels entgegnet, „niemand ist näher an die bestimmten konkreten Verhältnisse der Gesellschaft herangetreten als Marx im Kapital. Er hat fünfundzwanzig Jahre darauf verwandt, sie nach allen Seiten hin zu untersuchen, und die Resultate seiner Kritik enthalten überall ebenfalls die Keime der sogenannten Lösungen, soweit solche heutzutage überhaupt möglich sind“.

Schon an anderer Stelle in seiner Schrift bezeichnete Engels „bürgerliche Sozialisten“ (wie Dr. med A. Mülberger), als Menschen, die sich einen Kapitalismus ohne Proletarier wünschen. Ein Anfang ist gemacht, sind erst alle Proletarier Hausbesitzer. Engels bezeichnet die frühsozialistischen Allerweltshilfen als Kinderwindeln: „Die Entwicklung des Proletariats wirft diese Kinderwindeln bald beiseite und erzeugt in der Arbeiterklasse selbst die Einsicht, dass nichts unpraktischer ist als diese vorher ausgeklügelten, auf alle Fälle anwendbaren praktischen Lösungen und dass der praktische Sozialismus vielmehr in einer richtigen Erkenntnis der kapitalistischen Produktionsweise nach ihren verschiedenen Seiten hin besteht.“

Eine Arbeiterklasse, die hierin Bescheid weiß, wird im gegebenen Fälle nie in Verlegenheit sein, gegen welche sozialen Institutionen und in welcher Weise sie ihre Hauptangriffe zu richten hat.“

Heinz-Dieter Lechte

ZWISCHEN LACHEN UND WEINEN

Die LINKE bei den Mai-Wahlen

Jubel und Enttäuschung lagen nah beieinander, als die Ergebnisse der Wahlen vom 26. Mai vorlagen. Bei der Europaparlamentswahl erhielt DIE LINKE in Altona 8,5 %, bundesweit jedoch nur 5,5%. Ein beschämendes und selbst verschuldetes Wahlergebnis. Dagegen schnitt unsere Partei bei den Bezirksversammlungswahlen in Hamburg mit durchschnittlich 10,8% und insbesondere in Altona mit 14,8% der Stimmen sehr gut ab. Offensichtlich wurden von den Wähler*innen das politische Wirken der Linken auf kommunaler Ebene und die politische Arbeit unserer Partei im Europaparlament und im Bund sehr differenziert beurteilt und bewertet.

Die Linke gewann in fast allen Bezirken leicht hinzu und kam bezirksübergreifend auf ein durchschnittliches Wahlergebnis von 10,8%. Wir erhielten in 35 von 104 Stadtteilen mehr als 10% der Stimmen. In sieben Stadtteilen waren es mindestens 20%.

Im Bezirk Mitte (15,6%) erreichten wir auf der Veddel 30,2% und auf St. Pauli 32,8%. Dort sticht übrigens der Kleine Grasbrook mit 41,0% für DIE LINKE hervor. In Altona lief es besonders in der Sternschanze (29%), in Altona-Altstadt (25,9%), in Altona-Nord (24,5%) und in Ottensen (22%) gut. In Bahrenfeld und in Lurup erzielten wir mit 18,8% bzw. 12,3% sehr achtbare Ergebnisse. Damit legte Die Linke landesweit um drei auf 40 Sitze zu.

Acht Linke werden künftig in der Altonaer Bezirksversammlung eine starke Oppositionsfraktion bilden. Wir werden weiterhin ideenreich, konsequent und transparent in den Quartieren und im Bezirksparlament für ein soziales, solidarisches, ökologisches und demokratisches Altona wirken. Wir stehen wie bisher als Partner*innen für eine verlässliche, vertrauensvolle und basisdemo-

kratische Zusammenarbeit mit bewegten Menschen unterschiedlicher Initiativen und Bündnisse zur Verfügung.

VIELE KREUZE BEI DEN GRÜNEN – NUR WOFÜR?

Die Grünen waren die großen Wahlgewinner*innen. Sie legten landesweit bei den Bezirksversammlungswahlen um 13,1 Pro-



Foto: Dörte Schmidt-Reichard

zentpunkte zu und errangen in allen Bezirksparlamenten 111 Sitze, was einem Zuwachs um gleich 45 Sitze entsprach. Die weltweite Sorge um die Folgen der Klimaerwärmung beeinflusste im hohen Maße das Wahlverhalten der Wähler*innen. Umso erstaunlicher war das Abschneiden der Grünen in Hamburg, die als Koalitionspartner der SPD und früher im Regierungsbündnis mit der CDU eine gegenläufige Politik unterstützten und mittrugen wie

- den Bau und den Betrieb des Mega-Kohlekraftwerks in Moorburg,
- die Zuschüttung des Mühlenberger Lochs für die Erweiterung der Start- und Landebahn von Airbus, ▶▶



Grünes Debakel in Altona: Der geplante Radweg am Elbstrand.. Foto: Marlit Klaus

- der unverschämte begründete, letztlich misslungene Versuch, die Anti-AKW-Bewegung in den Jahren um den Tag der Reaktorkatastrophe in Fukushima auszubremsen bzw. sie zu disziplinieren,
- die Zustimmung zur Elbvertiefung,
- das Vorhaben, den Oevelgönner Strand mit einem sechs Meter breiten Fahrradweg zu überbauen, was durch einen Bürgerentscheid verhindert werden konnte,
- die unverhältnismäßige Wohnbauverdichtung in Innenhöfen,
- die Ideenlosigkeit bei der Umsetzung eines alternativen Verkehrskonzepts.

All das und vieles mehr spiegelte sich nicht im Wahlverhalten der Bürger*innen wider. Unverdrossen tragen die Grünen das Label der Umweltpartei, ohne eine zu sein.

DIE WAHLVERLIERER

Die SPD und die CDU waren die großen Wahlverlierer. Landesweit verloren die Sozialdemokrat*innen 11,2 Prozentpunkte und 45 Mandate. Die Christdemokrat*innen schnitten nicht viel besser ab. Sie erlitten ein Minus von 6,6 Prozentpunkten und von 23 Sitzen. Das ist ein deutlicher Fingerzeig auf ein weiteres schlechtes Abschneiden beider Parteien bei der kommenden Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020. Die SPD verlor mit dem Bezirk Hamburg-Mitte eine ihrer wichtigsten Bastionen. Allerdings scheint ihr dort das Zerwürfnis der Grünen zugute zu kommen. Mit 29,3% und 16 Mandaten die stärkste Fraktion zerlegten sich die Grünen schon vor der Konstituierung der Bezirksversammlung in zwei

Fractionen. Der Streit ist wohl nicht ohne dramatische Einschnitte zu lösen.

Nun scheint auch in Hamburg ein Vielparteiensystem Einzug zu halten, in dem keine Partei mehr die 30-Prozent-Marke überschreiten wird. Damit wird künftig eine Drei-Parteien-Koalition wahrscheinlich. Die Grünen sind tief im bürgerlichen Spektrum angekommen. Sie haben in den Bezirken viele Optionen bezüglich der Zusammenarbeit. Sie können mit der CDU oder mit der SPD Koalitionen mit komfortablen Mehrheiten eingehen. Für beide Varianten sind die Grünen ebenso offen wie für eine Politik der wechselnden Mehrheiten wie zuletzt im Bezirk Altona. Für den letzten Fall wäre auch DIE LINKE bereit, in einzelnen Fällen und gemäß unserer politischen Inhalte mit ihnen zusammenzuarbeiten. Trotzdem werden wir in Altona eine Oppositionspartei bleiben.

WÄHLEN GEHEN – WENIGSTENS DAS!

Beide Wahlen wiesen eine deutlich höhere Wahlbeteiligung als 2014 auf. Trotzdem nahm mehr als ein Drittel der wahlberechtigten Bürger*innen ihr Wahlrecht nicht wahr. Es mag viele gute Gründe für ihre Wahlenthaltung geben, doch die Nichtwahl bedeutet erst einmal eine Abkehr von einem lange und unter sehr schwierigen politischen Verhältnissen bitter erkämpften demokratischen Recht. Wer eine andere, bessere, alternative demokratische Politik wünscht, sollte dem Recht auf freie Wahlen nicht den Rücken kehren, sondern sich aktiv einmischen.

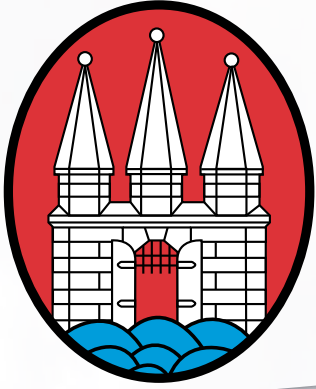
DIE SCHWÄCHE DER LINKEN BEI DEN EP-WAHLEN

DIE LINKE bietet die gesellschaftliche Perspektive eines demokratischen Sozialismus an, doch leider trat sie im Europaparlamentswahlkampf nicht so auf. Unsere zentralen Anliegen standen nicht im Fokus des Wahlkampfes. Unsere friedenspolitischen, antifaschistischen und antikapitalistischen Haltungen und Ziele gerieten nicht zu unseren zentralen politischen Wahlkampfaußagen. Das Europawahlprogramm wirkte indifferent, unentschlossen, unausgewogen und schwer lesbar. Dem Programm fehlte eine tiefgehende und begründete Analyse des Zustandes, der Struktur, der Lebensverhältnisse und des eklatanten Missverhältnisses von Armut und Reichtum in der Europäischen Union.

Oft wird im Programm ein Neustart der EU gefordert, doch wie soll dieser unter den gegebenen Umständen gelingen? Ein Neustart impliziert die Überwindung der kapitalistischen Klassen- und Eigentumsverhältnisse. Innerhalb des bestehenden Konstrukts der hierarchischen EU-Machtebenen kann eine Partei mit gerade einmal 5 Sitzen von 721 nicht wirklich etwas ändern. Auch die linke Fraktion GUE/NGL ist sehr klein und keineswegs politisch einig. Wir müssen zu fundierten Analysen, zur ehrlichen Überzeugungsarbeit, zur beharrlichen und solidarischen außerparlamentarischen Arbeit im gesunden Verhältnis zum parlamentarischen Wirken der Linken zurückfinden. Es braucht eine parteiliche Einigkeit mit einer fairen und beteiligenden Diskussionskultur.

Unser bundesweites Erscheinungsbild, die Zerwürfnisse und die Uneinigkeit unserer Bundestagsfraktion und unseres Parteivorstandes schreckten viele Wähler*innen ab. Streit, Zwist und die Fokussierung auf Rechthaberei und Streben nach Dominanz prägen seit zwei Jahren das Bild von den Linken. Sie hielten zu viele Beteiligte davon ab, sich den Anliegen der Menschen in unserer Gesellschaft zuzuwenden und mit ihnen gemeinsam gegen die Auswirkungen der Agenda-2010-Politik der SPD und der anderen bürgerlichen Parteien zu kämpfen, für gut bezahlte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse einzutreten, für weitere soziale Reformen, für eine bessere und gerechte gesundheitliche Versorgung, für ein besseres Bildungswesen, das alle miteinnimmt, für eine friedliche, antikapitalistische und ökologische Welt zu streiten. Diese Europawahl wird uns also hoffentlich eine gute Lehre sein.

Volker Vödtsch



NACHRICHTEN AUS DER BEZIRKSFRAKTION DER LINKEN ALTONA

Ausgabe Herbst/Winter 2019/2020



DIE LINKE.
BEZIRKSFRAKTION ALTONA

Die neuen Linkspartei-Abgeordneten der Bezirksversammlung

Vier Frauen und vier Männer wurden am 26. Mai für die Partei DIE LINKE in die Bezirksversammlung Altona gewählt. Wir bedanken uns bei allen Wählerinnen und Wählern für das Vertrauen.

Es wurden gewählt:



Robert JAROWOY
(Altona-Krimiautor und Bio-Käsehändler)

Fraktionsvorsitzender Ausschüsse

- Bauausschuss
- Planungsausschuss
- Hauptausschuss
- Ältestenrat



Thérèse FIEDLER
(Rechtsanwältin)

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ausschüsse

- Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung, Senior*innen, Geflüchtete und Gesundheit
- Hauptausschuss
- Ältestenrat



Andrea BENKERT
(Lehrerin)

Ausschüsse

- Planungsausschuss
- Verkehrsausschuss



Karsten STRASSER
(Sozialberater)

Ausschüsse

- Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt- und Verbraucherschutz
- Ausschuss für regionale Stadtentwicklung und Wirtschaft
- Verkehrsausschuss



Blanca MERZ
(Sozialarbeiterin)

Ausschüsse

- Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung, Senior*innen, Geflüchtete und Gesundheit
- Ausschuss für regionale Stadtentwicklung und Wirtschaft

Mitarbeit im Standpunkt Sternschanze e.V.



Wolfgang ZIEGERT
(Lehrer)

Ausschüsse

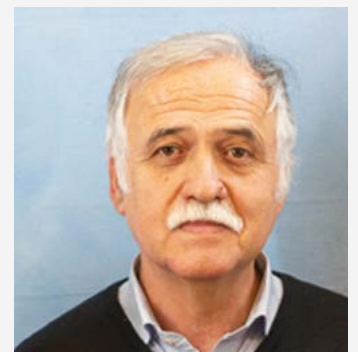
- Grün, Naturschutz und Sport
- Bauausschuss
- Ausschuss für Kultur und Bildung
- Ausschuss für Haushalt und Vergabe



Cornelia TEMPLIN
(Krankenschwester)

Ausschüsse

- Verkehrsausschuss
- Ausschuss für regionale Stadtentwicklung und Wirtschaft
- Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz



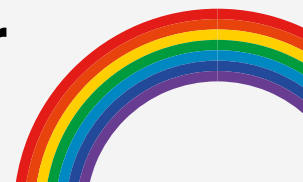
Hasan BURGUCUOĞLU
(Lehrer)

Ausschüsse

- Kultur und Bildung
- Sonderausschuss Flüchtlinge
- Haushalt und Vergabe

Eine kämpferische Rede von Thérèse Fiedler

bei der konstituierenden Sitzung der Bezirksversammlung am 20. Juni 2019



Sehr geehrte Frau Bezirksamtsleiterin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Öffentlichkeit,

in den nächsten Tagen werden sich die Ereignisse um das New Yorker Stonewall Inn in der Nähe der Christopher Street zum fünfzigsten Mal jähren. Damals haben sich Schwule das erste Mal gemeinsam gegen Polizeiwillkür, Unterdrückung und Bevormundung zusammengeschlossen und gewehrt.

Für viele war es der Auftakt der LGBTQ – Bewegung im Kampf um Gleichbehandlung und Gleichberechtigung, der noch lang nicht ausgetragen, aber weit fortgeschritten ist. Meinen höchsten Respekt für den Mut, den Schritt des Widerstandes zu gehen und sich für eine Sache stark zu machen, für die es sich zu kämpfen lohnte und lohnt, die Widerstände doch unüberwindbar schienen. Die jährlichen CSD überall auf der Welt, auch in Hamburg, erinnern an dieses Ereignis. Sich zusammen zu schließen, gegen unüberwindbar scheinende Widerstände aufzugehen, das passiert gerade wieder. Im Großen, wie im Kleinen.

Zum Großen: Die Jugend hat sich zusammengetan und kämpft mit Fridays for future gegen die Globale Erderwärmung an – ein Ziel das erreichbar scheint, wenn man nur will. Wissenschaftler haben nachgewiesen, dass Deutschland in nur wenigen Jahren auf 100 % erneuerbare Energien umgestellt sein könnte – wenn man denn wollte. Seit mehreren Jahrzehnten ist bekannt, dass der ungehemmte Energieverbrauch und uneingeschränkte Konsum sowie Warenverkehr zur Erderwärmung führt, die in einer Katastrophe enden wird, sofern man nicht radikal umsteuert. Zeit zum Handeln für Innovationen etc. war genug. Die Zeit haben wir jetzt nicht mehr. Das hat die Jugend erkannt, denn es ist ihre Zukunft, die auf dem Spiel steht. Die Linke unterstützt ausdrücklich Fridays for future im Kampf gegen alte, überkommene Strukturen, die aus den Augen verloren hat, dass es um die Existenz, Koexistenz, friedliche Koexistenz unser aller auf diesem Planeten geht.

Zum Kleinen: Auch in Hamburg tun sich immer mehr Menschen zusammen, um sich für Anliegen stark zu machen, die sie unmittelbar berühren. Überall in Hamburg existieren Bürger*innen, Bürger*inneninitiativen und Zusammenschlüsse, die gegen Schwimmbad- und Museumsschließungen vor Ort, unsinnige Bahnverlegungen, Reduzierung des Hamburger Grüns, elitäre Prestigebauvorhaben oder überzogene Verdichtungen protestieren. Oft beißen sie dabei auf Granit oder stoßen an die Grenzen bezirklichen Handelns.

Beispiele auch hier vor Ort in Altona, haben wir dafür genug: **Bismarck-Bad, Blankeneser Marktplatz, Neue Mitte Altona, Spritzenplatz, Zeise 2, Verkauf von Altonaer Kleingärten.** Wie bei den Kämpfen der LGBTQ* – Community oder der Fridays for future sind unüberwindbar scheinende und erhebliche, teils formalrechtliche Widerstände zu bezwingen. Aber wie sich weder die LGBTQ* – Community von Hürden hat abhalten lassen, so wie sich die Jugend nicht von den Wachstumsprofis sagen lassen sollte, wie Klimapolitik funktioniert, genauso wenig, sollten sich die Bürger*innen hier vor Ort vorschreiben lassen, wie und was hier vor Ort zu passieren hat. Kämpfen lohnt sich. Denn wer nicht kämpft, erreicht nichts. Eine unmittelbare Beteiligung der Bürger*innen vor Ort ist das Standbein der Demokratie.

Natürlich gehört eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Interessen immer zu einer demokratischen Gesellschaft dazu. Aber dazu müssen die Bürger*innen auch die faire und transparente und ernsthafte Möglichkeit zur Umsetzung haben. Mit Bürger*innenentscheiden, die nur eine Empfehlung an den Senat bzw. seine Fachbehörde sind, über denen zudem das Damoklesschwert der Evokation schwebt und die damit keine unmittelbare Wirksamkeit entfalten können – damit muss Schluss sein.

Dafür kämpfen die Bürger*innen hier vor Ort, in Hamburg und auch die Linksfraktion Altona unterstützt die unmittelbare Beteiligung und Gestaltung der Politik hier vor Ort durch die Menschen für die Menschen ausdrücklich. Die Umsetzung der direkten Bürger*innenbeteiligung und -gestaltung sowie die Stärkung der bezirklichen Rechte gegenüber dem Senat ist eines der wesentlichen Ziele, die die Linksfraktion Altona in den nächsten Jahren weiterhin verfolgen wird.

Nicht ohne Grund, trage ich dieses T-Shirt bei unserer programmatischen Erklärung. Die Farben auf meinem T-Shirt stellen nicht nur die Solidarität mit der LGBTQ* – Community dar, sondern sollen – bei allem Respekt – auch für ein buntes Altona stehen.

Ein buntes Altona, in dem alle,

- egal ob jung oder alt,
- egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund,
- egal ob mit oder ohne Behinderung,
- egal ob als Familie oder alleinerziehend ,
- egal ob Mann, Frau, Divers,
- egal ob einkommensstark oder einkommensschwach oder gar ohne Einkommen
- egal ob geflüchtet oder Ur-Hamburger*in

leben können – ein Altona für alle – dafür kämpfen wir, **ein Altona in dem alle ihren Platz haben.**

Vor diesem Hintergrund freuen wir uns auf die nächste Wahlperiode, viele kämpferische Entscheidungen müssen getroffen werden – es ist Zeit. Hier in der BV und auf der Straße.

**Für ein solidarisches, buntes, friedliches, soziales Altona. ☺
Dieser Kampf lohnt sich.**

Applaus besonders von der Zuschauer*innentribüne

*(Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender und Queer)

Inhaltsverzeichnis:

Die neuen Linkspartei-Abgeordneten der Bezirksversammlung
Kämpferische Rede von Thérèse Fiedler
Volksinitiative gestartet.
Sommerfest in dem Jugendkunsthaus Esche
Ottensen macht Platz

Seite 2
Seite 3
Seite 4
Seite 5
Seite 6

Von der Schwierigkeit ein Mensch zu sein
Unser Bahnhof bleibt, wo er ist!
Bahnhof Altona im August 2019
Das Altonaer Krankenhaus,
Linke Bewerbung für die Bezirksamtsleitung

Seite 7
Seite 8
Seite 9
Seite 10
Seite 11

Mehr Demokratie vor Ort!

Volksinitiative „Bürgerbegehren und Bürgerentscheide jetzt verbindlich machen!“ gestartet.

Am 5.8.2019 haben die durch einen Trägerkreis gewählten Vertrauensleute, Gregor Hackmack, Bernd Kroll und Thérèse Fiedler, die Volksinitiative für die Verbindlichkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden gegenüber dem Bezirk und dem Senat im Rathaus angemeldet. Vorausgegangen waren zwei Monate intensiver Arbeit des Vereins „Mehr Demokratie“ mit einem großen und engagierten Trägerkreis. Am 1.8.2019 stand dann der Text der Volksinitiative und es konnte losgehen.



Worum geht es?

Der Verein „Mehr Demokratie“ und viele hamburgweit engagierte Initiativen wollen sich nicht länger damit abfinden, dass Bürger*innen vor Ort nicht wirklich auch die Angelegenheit vor Ort mitbestimmen können. Haben sich Bürger*innen beispielsweise dazu entschlossen, sich gegen eine geplante Innenhofbebauung in ihrem Wohnblock zu wehren und haben sie dafür ein Bürgerbegehren gestartet oder haben sie es bei erfolgreicher Durchführung sogar geschafft, einen Bürgerentscheid herbeizuführen, konnte der Senat mit einer Handbewegung das Bürgerbegehren oder den Bürgerentscheid für unzulässig erklären, ignorieren oder die ganze Sache mittels sogenannter Evokation an sich ziehen. Begründet wird das dann immer mit dem gesamtstädtischen Interesse.

Der Senat behauptet, dass die Stadt ansonsten unregierbar werden würde und verweist dabei immer auf Berlin, wo die einzelnen Bezirke mehr Rechte haben und die Absprachen unter den Bezirken insbesondere bei Bauvorhaben zu erheblichen Verzögerungen führen würden. Dass der Senat in Hamburg bezirkliche Belange so einfach an sich ziehen kann, liegt an der sogenannten Einheitsgemeinde. In Art. 4 der Hamburger Verfassung ist geregelt, dass in Hamburg die staatlichen und gemeindlichen Aufgaben nicht getrennt werden. Das bedeutet, dass die in Art. 28 des Grundgesetzes festgeschriebene

Dreigliedrigkeit der Entscheidungsebenen – Bund, Länder, Kommunen – in Hamburg nicht existiert. Das hat seinen Ursprung in einem Nazigesetz (Groß-Hamburg-Gesetz von 1937) und wurde in der Nachkriegszeit nicht mehr korrigiert.

Auch Altona wurde durch das Groß-Hamburg-Gesetz Teil der Einheitsgemeinde Hamburgs und hat insbesondere in Zeiten der Hamburger Maxime „wachsende Stadt“ darunter zu leiden. Prestigebauprojekte werden über die Beteiligung und die Interessen der Anwohner*innen gesetzt. Dort, wo sich Bürger*innen wehren, wird das gesamtstädtische Interesse herangezogen. Beispiele in Altona haben wir genug, allen voran das Bismarckbad. In einem Bürgerentscheid sprachen sich 80 % der sich an der Abstimmung beteiligten Altonaer*innen für den Erhalt des Bades aus. Dennoch wurde das Bismarckbad abgerissen, da der Senat anders entschied. Weitere Beispiele in Altona, bei denen sich engagierte Bürger*innen gewehrt haben und die rote Karte gezeigt bekommen haben: Buchenhofwald in Iserbrook, Zeise 2-Bebauung, Bahrio 68, Apfelbaum braucht Wurzelraum, Erhalt des Spritzenplatzes.

Das soll und muss die Volksinitiative nun ändern

Mit der Volksinitiative sollen Bezirk und Senat verpflichtet werden, das Bürgerbegehren und Bürgerentscheide für verbindlich erklärt

werden. Senat und Bezirk müssen also die Abstimmung zwingend berücksichtigen. Wie das letztlich umgesetzt werden soll, muss dann durch die Beteiligten geklärt werden. Fakt ist, dass dem Willen der Bürger*innen gerade in dem Bereich, in dem sie leben, ein Mitspracherecht eingeräumt werden muss. Wenn man nun fragt, wozu denn die Bezirksversammlung vor Ort da ist, muss man darauf antworten, dass es sich dabei nicht um ein Parlament wie die Bürgerschaft handelt. Die Bezirksversammlung gehört zum Bezirksamt und hat nur eng begrenzte Entscheidungsbefugnisse. Die Bezirksversammlung damit gehört quasi zur Verwaltung. Dort, wo der Senat den Bezirksämtern Möglichkeiten einräumt, dort darf auch die Bezirksversammlung agieren. Die Grenzen zu einer echten Kommunalverwaltung werden dabei jedoch nicht überschritten. Das betrifft auch die Möglichkeit, über einen eigenen Haushalt zu verfügen und den Bezirk so zu gestalten, wie man es für richtig hält, insbesondere bei der Frage der Bebauung. Der Rahmen durch den Senat und die Einheitsgemeinde ist gesetzt.

Vor diesem Hintergrund wird es Zeit, dass die Menschen per Bürgerbegehren und Bürgerentscheid die Angelegenheiten in ihrem Bezirk mitbestimmen können. Wenn wirklich gesamtstädtisches Interesse ins Spiel kommt, muss der Senat dies genau begründen. Derzeit stehen Bürger*innen an dieser Stelle noch absolut im Dunkeln. Demokratieförderlich ist das nicht unbedingt.

Jetzt müssen für den Erfolg der Volksinitiative innerhalb eines halben Jahres 10.000 Stimmen von wahlberechtigten Hamburger*innen gesammelt werden, bis die nächste Stufe – das Volksbegehren – eingeleitet werden kann. Sollten dann innerhalb von drei Wochen 60.000 Stimmen gesammelt werden, können die Hamburger*innen mit der Bundestagswahl 2021 darüber abstimmen, ob Bürgerbegehren und Bürgerentscheide endlich verbindlich werden. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass die Anzahl der notwendigen Stimmen weit übertroffen wird und damit allen Hamburger*innen endlich die Möglichkeit gegeben wird, ihre Angelegenheiten im Bezirk selbst in die Hand zu nehmen.

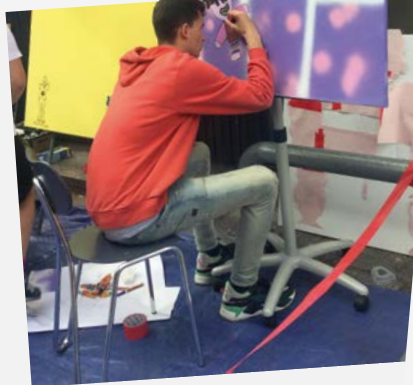
*Thérèse Fiedler
(Vorstandsmitglied von Mehr Demokratie
und Vertrauensfrau der Volksinitiative
und für die Linksfaktion in der Altonaer
Bezirksversammlung)*

Sommerfest 2019

in dem Jugendkunsthaus Esche in Altona-Altstadt



Fotos Elisabeth Hartmann



Am 23. Juni fand das jährliche Sommerfest der Esche statt. Die heißen Temperaturen an diesem Tag haben den Kindern auf der Bühne nicht die Lust am Rappen oder Tanzen nehmen können, im Gegenteil - sie haben den vielen Familien und Freunden im Publikum eine tolle Show geliefert! Auch die Moderation wurde voller Elan von den Kindern übernommen. Ich war von den vielen Darbietungen der Kinder überwältigt. Es war ganz offensichtlich, dass sich alle dort mehr als wohl fühlten.

Die Kinder und ihre Familien kamen aus der näheren Umgebung der Esche, es waren sowohl Migranten als auch deutsche Familien mit dabei. Eis, Obst und Kuchen wurde von den Familien gespendet! In der Esche ist jeder willkommen - unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Sprache oder Glauben.

Die Esche bietet seit 2016 kostenlose wöchentliche Kreativkurse für Kinder und Jugendliche ab der 5. Klasse an. Ziel ist es, junge Menschen für die Kunst zu begeistern und in ihrer künstlerischen Entwicklung zu fördern. Gegründet wurde die Esche von einer Hamburger Familie. Die Kurse werden von einem Förderkreis aus Privatpersonen, gemeinnützigen Organisationen und Unternehmen unterstützt.

Die Esche verfügt über einen großen Bewegungsraum mit Spiegel für Tanz und Theater. Der Raum wird für jegliche Art von künstlerischen

Ausdrucksformen genutzt - von Graffiti bis Trickfilm. Drei weitere Seminarräume bieten Platz für weitere Workshops - von Gesangsunterricht bis hin zu Film- und Rap-Kursen an. Die offenen zugängliche Küche bietet den Kindern Möglichkeiten gemeinsam gesundes Essen zuzubereiten. Die Räume der Esche werden von andere gemeinnützigen Projektpartner genutzt, sowie Schulen, Vereine und Einrichtungen für Kinder und der Jugendhilfe. Die Teilnahme an den meisten Kursen ist kostenlos inklusive Mittagessen, auf Anfrage gibt es bei den wenigen kostenpflichtigen Angeboten aber auch Ermäßigungen bei Preisen oder einen ganz freien Platz.

In den Sommerferien besuchte ich den Workshop "Dreh deinen Film" in der Esche. Ich war begeistert über das Vertrauen, welches die Kinder den Erwachsenen entgegenbrachten und wie interessiert die 11-18 jährigen waren. Den Kindern wird mit viel Geduld und Respekt beigebracht, wie man in Teamarbeit einen Film dreht.

Von der Idee, bis hin zum Schnitt, alles machen die Kinder selber, gemeinsam mit den Teamleitern - einer jungen Filmemacherin und einem Drehbuchautor. Außerdem sind, je nach Schwerpunkt des jeweiligen Workshops, zusätzliche Fachkräfte dabei.

'Dreh deinen Film' wird durch das Programm 'Mein Land- Zeit für Zukunft der Türkischen Gemeinde in Deutschland' im Rahmen des Kulturprogramms 'Kultur macht stark' und Bündnisse für Bildung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unterstützt.

Blanca Merz



„Ottensen macht Platz – Flaniermeile auf Zeit“

Ein schlecht durchdachtes und vorbereitetes Projekt

Wer sich zu bestimmten Zeiten – insbesondere morgens und nachmittags (Rushhour) – in der Eulenstraße, Keplerstraße oder dem Hohenesch aufhält, bekommt mit, wie sich Blechlawinen von Autos durch die kleinen Straßen Ottensens quälen. Im Hohenesch stehen dann auch noch die HVV-Busse im Stau, die Mitfahrenden werden ungeduldig, wollen aussteigen und lieber zu Fuß weitergehen. Wenn in der Eulenstraße kein Stau ist, dann wird häufig mit überhöhter Geschwindigkeit an der Kita und dem Spielplatz vorbeigerast. Für die Anwohner*innen war dies vor Jahren der Anlass, die Initiative **Ottenser Gestalten** zu gründen. Verkehrslärm, Abgase (besonders: Feinstaub- und Stickoxidbelastung), Unfälle und Platzverbrauch durch Autos waren der Grund. Ihre Forderung: **Den Durchgangsverkehr auf Ottensens Nebenstraßen verhindern!**

In der Bezirksversammlung

Am 28. Februar 2019 brachten sie mit Hilfe der Linksfraktion einen Antrag für ein umfangreiches „alternatives Verkehrskonzept für Ottensen“ in die Bezirksversammlung (BV) ein. Die BV verwies den Antrag an den Verkehrsausschuss, dieser lehnte ihn mit den Stimmen der GRÜNEN ab. Ein paar Tage später erfahren wir durch die Presse: Ottensen soll fast autofrei werden. CDU und GRÜNE wollen das Zentrum von Ottensen für einen Großteil des motorisierten Verkehrs sperren. Statt die kleinen Nebenstraßen für den Durchgangsverkehr zu sperren, sollen jetzt die zwei zentralen Straßen Ottensens Fußgängerzonen werden. Keine feine Art: Da wird der Antrag der Ini vom Tisch gewischt und ein neues Projekt aus dem Hut gezaubert.

Am 28. März 2019 beschließt die BV ab September für ein halbes Jahr eine Testphase für dieses Projekt. Auf mehrfache Bitten von Anwohner*innen stimmte dann auch DIE LINKE der Testphase zu, mit der ausdrücklichen Forderung, die Ottenser*innen vor dem Projektstart an der konkreten Ausgestaltung zu beteiligen.

Vorbereitung?

Anfang Mai erhielten die Anwohner*innen ein Schreiben vom Bezirksamt, in dem das Vorhaben vorgestellt wurde. Auf einer Karte ist zu sehen, was für den regulären Autoverkehr gesperrt werden soll: Die Bahnenfelder



Foto: Marlit Klaus

Straße von der Klausstraße bis zum Alma Wartenberg Platz, die kurze Straße Spritzenplatz, ein paar Meter Große Rainstraße bis zur Kleinen Rainstraße, und die Fußgängerzone der Ottenser Hauptstraße wird bis zur Großen Brunnenstraße verlängert.

Was wird passieren?

Der Autoverkehr der gesperrten Straßen wird noch mehr in die kleinen Nebenstraßen ausweichen. Manche spotten schon, es ginge nur um eine Flanier- und Partymeile, die weitere Touristen und Menschen anderer Stadtteile anziehen wird/soll, die möglicherweise auch noch mit ihren Autos kommen. Wenn es aber um die Entlastung und die Lebensqualität der Ottenser*innen gehen sollte, müsste das Projekt viel weiträumiger und die auftretenden Probleme viel konkreter gedacht werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass nur noch 28 % aller Ottenser*innen ein Auto besitzen.

Wo bleibt die Bürger*innenbeteiligung?

Vom Bezirk angeboten wurden ein Stand auf der Altonale und eine Veranstaltung am 22. Juni, auf der die Anwesenden im Wesentlichen mit Legosteinen ihre Vorstellung kreativ umsetzen konnten. Aber dringende Fragen bleiben unbeantwortet bzw. für Probleme werden keine gemeinsamen Lösungen gesucht. Wo bleiben Ottenser*innen ab

September mit ihren Autos? Warum werden für die Anwohner*innen in den Parkhäusern nicht mehr feste Stellplätze zur Verfügung gestellt? Was machen Menschen, die dringend ein Taxi benötigen, aber den Fußweg zum Taxistand z.B. krankheitsbedingt nicht schaffen? Was ist es mit gehandicapten Menschen? Gibt es für die Bewohner*innen eine Kurzhaltemöglichkeit zum Be- und Entladen? Wie wird ein gutes Nebeneinander organisiert von Menschen, die zu Fuß - und denen, die mit dem Rad unterwegs sind?

Welche Lösungen sind in Städten, die damit Erfahrungen haben, gefunden worden? Wie zufrieden sind die Anwohner*innen mit diesen Lösungen?

Fazit

Grundsätzlich ist ein autoarmer Stadtteil auf jeden Fall zu begrüßen. Aber um die Menschen dafür zu gewinnen, müssen sie tatsächlich eingebunden werden. Es muss großräumig gedacht und geplant werden, und für die offensichtlichen Fragen müssen Antworten gegeben oder gemeinsam gesucht werden. Eine Erhöhung der HVV-Preise ist auch in diesem Zusammenhang völlig unverständlich.

Marlit Klaus

Letzte Meldung: Taxis dürfen im abgesperrten Bereich jetzt doch fahren.

Von der Schwierigkeit, ein Mensch zu sein

Gedanken eines Flüchtlingskindes



Ich bin Mila. Ich bin 11 Jahre alt. Ich habe drei Geschwister. Meine Eltern sind arm, aber meistens nett.

Warum wir arm sein müssen, weiß ich nicht genau. Meine Eltern sagen, sie würden gerne arbeiten, aber sie dürfen es nicht. Warum, weiß ich auch nicht. Es hat wohl damit zu tun, dass wir Flüchtlinge sind. Und Roma. Roma bedeutet „Menschen“. Wir sind Menschen. Wie sie. Aber dann doch wieder nicht. Aber eines weiß ich, wir würden gern richtige Menschen sein. So wie Ihr. Wie die Deutschen. Mein Papa ist sogar hier geboren, wie ich und meine drei Geschwister. Meine Mama kam nach Deutschland, als in Jugoslawien noch Krieg war. Das war um 1997 herum. Sie war ungefähr 12, als sie hier ankam, genau weiß sie es nicht. Sie kam ohne ihre Eltern. Wo die waren, wusste sie auch nicht. Sie wurde schon als kleines Kind weggegeben. Aber sie war am Leben.

Mama ging nie zur Schule, obwohl sie wollte. In Jugoslawien war es für sie gefährlich, in die Schule gehen. Roma waren nicht gern gesehen, und das war schon immer so, sagen die Älteren. Wo Mama auch hinkam, oft wurde sie auf offener Straße plötzlich mit Steinen beworfen oder angespuckt. Leider hörte auch das in Deutschland nie so ganz auf. Einmal wurde sie von einer Frau auf offener Straße beschimpft: „Macht doch Euer Land dreckig!“ Und einmal von einem älteren Mann angeschrien: „Sowas wie Euch hätte man früher vergast!“ Sie wusste nicht, was das das bedeuten sollte, „vergast“. es hatte wohl wieder damit zu tun, dass wir keine richtigen Menschen sind, so wie sie, die Deutschen, die uns hier wenigstens dulden und gut zu uns sind.

Ja, eine Duldung haben wir alle. Das bedeutet aber nicht so viel. Mit Duldung ist man kein richtiger Mensch. Man darf nachts abgeholt werden und in ein Land geschickt werden, das Mama zwar von früher kennt, aber wir kennen es nicht. Und die Älteren sagen, es ist für uns alle nicht sicher. Viele Roma leben dort in Verschlägen aus Brettern und Plastik. es gibt dort keine Arbeit. erst recht nicht für uns Roma. Manchmal brennen sie sogar unsere Bretterbuden ab. Und wir werden von Ärzten und Krankenhäusern oft zurückgewiesen, so dass viele sterben mussten, obwohl

man sie hätte retten können. Aber die Polizei hilft uns nie. Einige Roma-Kinder gehen dort zur Schule, um es einmal besser zu haben. Die Regierung schenkt sogar jedem Schulanfänger eine kleine Tasche, eine Salami und Stifte. Wir Roma bekommen aber etwas anderes, eine Tasche mit Ende einer Salami und zerbrochene Stifte. Warum das so ist, kann ich nicht sagen.

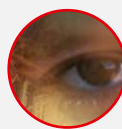
Einige von unseren Eltern wollen daher nicht, dass wir in die Schule gehen, um uns vor den anderen zu schützen. Sie meinen, wir kämen auch ohne sie klar. Doch hier in Deutschland geht das nicht. Hier gibt es Schulpflicht für alle. Denn wir alle sind Menschen. Das finde ich gut.

Als mein Papa, der hier in Deutschland sogar die Schule abgeschlossen hat und richtig gut Deutsch spricht, endlich eine Arbeitserlaubnis bekam, waren wir alle so glücklich. Er hatte dann noch mehr Glück und fand eine Arbeitsstelle. Es ging uns eine Weile besser, doch plötzlich wurde seine Duldung auf zwei Monate eingeschränkt, und seine Chefin durfte ihn trotz seiner Arbeitserlaubnis nicht mehr beschäftigen. Man muss nämlich für eine Arbeit zusätzlich eine Duldung von mindestens einem halben Jahr haben. Als er entlassen wurde, war er sehr traurig, trank viel Bier und setzte sich nächtelang an den Computer, oder verschwand plötzlich, ohne etwas zu sagen.

Wenigstens wurden wir von weiterer Unruhe in unserer Unterkunft verschont. Wir sind sechs Personen und haben ein großes Zimmer zusammen, dort schlafen wir auch, auf Matratzen. Weil meine Geschwister noch klein sind und auch krakeelen, wenn ich schlafen muss, ich gehe ja zur Schule, lege ich mich in den Vorraum, aber nicht so ger-



Foto: Pixabay/Alexa



Loch, das und zerbrochene Stifte. Warum das so ist, kann ich nicht sagen.

ne an die laute Wand. Ich hasse die laute Wand. Nachts kommen ab und zu die deutschen Polizisten, die dort gegen unsere Wände hämmern, dass sie erzittern, und dann schrecken wir Kinder alle hoch und verstecken uns schnell in den Schränken oder unterm Küchentisch. Wir bemühen uns, nicht allzu laut zu weinen, damit uns keiner hört. Wir schauen einander in die weit aufgerissenen Augen, die sogar im Dunklen panisch aufblitzen und hoffen, dass wir bitte noch verschont bleiben, um nicht in Mamas Land gebracht zu werden.

Wir hören Mama durch das Zimmer gehen, und wie sie leise auf uns einredet, um uns zu beruhigen, dann hören wir Geräusche, als ob eine Tür zerbricht, Schreie und ein lautes Weinen und das dröhnende Schimpfen des Polizisten einige Räume weiter. Dann ist es wieder seltsam still. Die laute Wand verstummt. Als wir uns voneinander lösen, macht Mama auf dem Herd ein wenig Milch warm. 4.30 zeigt die hellgrünen Ziffern unseres Weckers am Küchenschrank. Wir können jetzt sowieso nicht mehr schlafen und setzen uns an den Tisch, bis die Älteren zur Schule losgehen. Mein Bruder Karlo hat plötzlich Tränen in den Augen. „Fredi ist jetzt weg,“ schluchzt er leise auf. „Mein bester Freund! Ich habe ihn weinen gehört. Wir wollten doch heute spielen.“

Heute Nachmittag geht Mama zur Tafel, dort gibt es Lebensmittel, die ein wenig alt sind, aber noch essbar, und das hilft uns sehr. Leider müssen wir dort immer so lange warten. Ungefähr 2-3 Stunden. Denn erst kommen die Deutschen an die Reihe, dann die Menschen in den Rollstühlen und mit Krankheiten, anschließend dürfen wir, die Flüchtlinge, noch das nehmen, was übrig bleibt, wenn etwas übrig bleibt, worauf wir immer sehr hoffen. Manchmal sieht das Fleisch schon sehr schlecht aus. Aber wir haben Hunger. Und vielleicht werden wir irgendwann nicht mehr die sein, die am längsten warten, und vielleicht werden wir sogar arbeiten dürfen und lernen, ein richtiger Mensch zu sein, ein guter Mensch. So wie Ihr Deutschen.



Claudia Dyroff

Unser Bahnhof bleibt, wo er ist!

Keine Verlegung des Regional- und Fernbahnhofs Altona nach Diebsteich!

In einer Eilentscheidung des Oberverwaltungsgerichts Hamburg wurde 2018 ein vorläufiger Baustopp verhängt. Die Entscheidung bezog sich auf die ungeklärte Frage eines neuen Standorts für Autoreisezüge, der aufgrund der Beengtheit in Diebsteich nicht untergebracht werden kann. In der darauf folgenden Presseberichterstattung wurde das dann überwiegend so dargestellt, dass es lediglich einer neuen Verladestation etwa in Langenfelde bedürfe, und dann könne es weitergehen.

Tatsächlich ist es aber so, dass das OVG erklärte, im Eilverfahren lediglich diesen Punkt der vom VCD (Verkehrsclub Deutschland) und der Bürgerinitiative ‚Prellbock Altona – unser Bahnhof bleibt, wo er ist!‘ herausgegriffen zu haben, weil er am offensichtlichsten sei und sich in diesem Punkt auch die Österreichische Bundesbahn ÖBB an der Klage beteiligt hatte. Weitere Klagepunkte wie vor allem die im Planfeststellungsverfahren nicht erfolgte oder zumindest nicht offengelegte Variantenprüfung wurden für den Eilantrags-Beschluss noch nicht geprüft. Die OVG-Entscheidung in der Hauptsache steht noch aus und wird für den Spätsommer/Herbst dieses Jahres erwartet.

Unterdessen laufen die Voruntersuchungen und Planungen der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen BSW für die Neugestaltung des Umfeldes des neuen Bahnhofs ungebrochen weiter. Nachdem es der Stadt nicht gelungen ist, das Briefverteilzentrum in der Plöner Str. von der Post zu kaufen und auch der Friedhof Diebsteich mit seinen historischen Roma- und Sinti-Gräbern von der Evangelischen Kirche nicht zur Umverlagerung und Entwidmung freigegeben wird, blieb der Stadt nur das kleine Gelände hinter der Bahnhofsbrücke, in der sich das Seefahrts-Postamt befand und das derzeit von DHL genutzt wird. Hier sollen die beiden aus der Presse bekannten Glitzertürme mit einer sog. Schalterhalle errichten werden, wobei diese ‚Halle‘ nicht viel mehr als ein Bahnsteigzugang mit Fahrkartenautomaten sein wird.

Nördlich der Waidmannstr - also direkt gegenüber der jetzigen Brücke und des künftigen ‚Bahnhofsvorplatzes‘ - ist bisher ein Industriegebiet ausgewiesen, in dem sich noch der Thyssen-Schulte-Stahlhandel befindet. Dieses Gelände konnte die Stadt erwerben und plant nun, dort eine Event-Mehrzweck-

halle und (daneben weiter östlich) das neue für die Regionalliga taugliche Stadion von Altona 93 zu errichten, jeweils für ca. 4.000 Besucher*innen. Dass insbesondere auf dem für die Event-Halle vorgesehenen Gelände keine Wohnungen gebaut werden sollen, hat bei der Bevölkerung Unverständnis und Empörung ausgelöst, zumal es außer einem Mini-Parkhaus zwischen Halle und Stadion keine ordnungsgemäßen Parkmöglichkeiten in der Umgebung gibt. Die Begründung des Oberbaudirektors, dass das Gelände als Industriefläche ausgewiesen sei und man dort keinen Wohnungsbau zulassen könne, erscheint hanebüchen, wenn man weiß, wie oft solche planrechtlichen Ausweisungen im Hauruck-Verfahren geändert und befreit werden, wenn es denn gewollt ist.

Verschärft wird die verkehrliche Erschließungssituation dadurch, dass geplant ist, rund um den Bahnhof Teile der Straßenzüge

tausend Besucher*innen der Event-Halle und des Stadions nicht mit Autos, sondern mit dem Fahrrad, der S-Bahn oder Lufttaxi(!) kommen würden, wurde allen Ernstes als Mobilitätskonzept ausgegeben.

Abgesehen vom verkehrlichen und städtebaulichen Unsinn der Bahnhofsverlegung zeigt sich nun auch, dass das Argument des Wohnungsbaus von vornherein nur vorgeschoben war. Ohnehin hätte in der Neuen Mitte Altona der zweite Bauabschnitt mit dem dringend benötigten Schul-Neubau längst in Angriff genommen werden können, wenn man dem Prellbock-Vorschlag gefolgt wäre und die sog. Quietschkurve der ausfahrenden ICEs nach Westen zur S-Bahn-Trasse verlegt hätte. Dies hätte nur einen geringfügigen Verlust für den Wohnungsbau bedeutet, der durch eine Wohnbebauung auf dem Thyssen-Schulte-Gelände gut zu kompensieren wäre.

Tatsächlich geht es darum, dass die Bahn die notwendigen Modernisierungskosten am gegenwärtigen Standort selber tragen müsste, während für einen Neubau der Bund zuständig ist. Nun ist die Bahn ja immer noch ein



Foto: Marlit Klaus

Große Bahnstr./Waidmannstr. sowie Schleswiger Str./Am Diebsteich für den Autoverkehr zu sperren. Auf die Nachfrage, wie denn Fahrgäste mit Gepäck zu diesem Fernbahnhof kommen sollten, äußerte ein BSW-Vertreter, dass dieser Bahnhof ja sowieso nur ein Umsteigebahnhof würde, weil nach den bisherigen Untersuchungen kaum jemand dort einzusteigen gedenke – was bisher immer strikt geleugnet wurde. Dass die vielen

Staatsbetrieb, aber sie soll für die Börse, also für private Anleger*innen attraktiv, d.h. renditefähig werden. Deswegen sollen möglichst viele Kosten von der Bahn ferngehalten und dem Steuerzahler direkt aufgebürdet werden.

Weitere Hintergrund-Informationen finden sich auf prellbock-altona.de.

Robert Jarowoy



Der Faktencheck vor Ort am Altonaer Bahnhof. Foto: Christine Zander

Der Bahnhof Altona im August 2019

Am 22.8.2019 jährt sich der Baustopp eines neuen Fern- und Regionalbahnhof Bahnhof Diebsteich. 365 Tage kein Spatenstich der Bahn, der Stadt und der Investoren.

Immer deutlicher wurde in dieser Zeit, dass Diebsteich einer „Idee“ aus vergangenen Zeiten entstammt. Die Planungsdaten basieren auf Zahlen und auf Bahnpolitik aus der Zeit um die Jahrtausendwende. Es hat sich politisch viel geändert. Auf Platz 1 der Neuerungen und der neuen Politik steht:

Alles für die Schiene!

Der DB-Hauptvorstand, die Politik der Bundestagsparteien, Presse und viele gesellschaftlichen Debatten gehen in diese Richtung.

- 87 Milliarden € Infrastrukturgelder in den nächsten 10 Jahren für die Deutsche Bahn – Bessere Schienen, neue Schienenverbindungen, Bahnhofssanierungen: Einfach mehr Bahn
- Senkung der Mehrwertsteuer für Fahrkarten auf 7% oder ganz und gar ohne
- Neue verkehrspolitische Diskussionen und Planungen in Hamburg
- Weniger Fliegen, mehr Bahnfahren

- Neue und mehr Nachtzugverbindungen
- Mehr und schnellere Zugverbindungen
- Halbstundentakt zwischen den wichtigen Städten in der Republik
- Mehr Fahrgastzahlen auf der Schiene

Die jetzige Berliner Koalition will bis 2035 die Kundenzahlen auf der Schiene verdoppeln.

- Die Debatte in Hamburg um eine S4 Ost und eine S4 West, die S32, die U5
- Klimaschutz
- Weniger CO₂

Insofern ist der jetzige einjährige Baustopp am Diebsteich auch eine Zeit des Nachdenkens darüber, was denn **jetzt** für eine Verkehrswende zur Schiene in Hamburg notwendig ist.

Ein Abriss des unverzichtbaren Mobilitätsknotenpunktes Altona ist ein purer politisch-ökonomisch-ökologischer Frevel. Denn es gibt gerade für den Regional- und Fernver-

kehr viel wichtigere und viel kompliziertere Probleme zu lösen: Das ist der Schienenweg durch Hamburg und seine diversen Brücken.

Da werden mehr als 1 Milliarde € benötigt, um Hamburger Bahnbrücken z. B. die Sternbrücke, die Süderelbbrücken und weitere zu reparieren oder komplett zu erneuern. Alleine diese komplizierten Baunotwendigkeiten werden viel Ärger und viele Sperrungen der Schiene und vieler Straßen bedeuten.

Zeit zum Nachdenken

Dazu können die bisherigen acht Faktenchecks als Diskussions- und Diskursplattform zwischen Deutscher Bahn,

Senatspolitik, Behörden, Bezirk Altona, Privatinvestor samt seiner Geldquelle HASPA und Prellbock sowie VCD eine gute Grundlage sein.

Seit März 2019 trafen sich (in jeweils 2 bis 2,5 Std. dauernden Faktenchecks) fast 20 VertreterInnen. Moderator ist Finanzsenator Dr. Andreas Dressel.

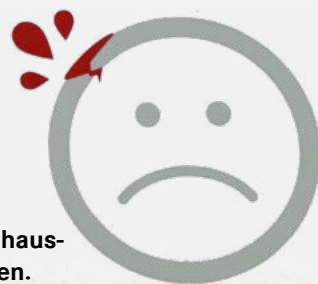
Am 19.6.2019 wurde eine erste Bilanz gezogen, und VCD und Prellbock haben deutlich gemacht: Die vorgelegten diversen Fakten haben uns nicht überzeugt. Wir haben umfassend Modernisierungsvorschläge für den jetzigen Bahnhof in die Faktencheckrunde eingebracht. Langsam bewegt sich der Faktencheck in die Wahlkampfzeit Bürgerschaftswahlen. Dann werden auch Andere ihre Vorstellungen für eine Verkehrswende zur Schiene in Hamburg präsentieren.

Prellbock will im Herbst mit allen Parteien der Bürgerschaft und der Bezirksversammlung Altona Gespräche führen.

*Andreas Müller-Goldenstedt
Prellbock Altona e.V.*



Das Altonaer Krankenhaus, die Kleingärten und der Schulneubau



2006 wurde der Landesbetrieb Krankenhäuser LBK vom damaligen CDU-Senat durch den Finanzsenator Peiner an den Asklepios-Krankenhaus-Konzern verkauft. Der gegen diese Krankenhaus-Privatisierung erfolgreiche Volksentscheid wurde vom Hamburger Senat evoziert bzw. aufgehoben.

2008 beschloss der nunmehr schwarz-grüne Senat, dass eine mögliche Verlängerung des Autobahndeckels südlich der S-Bahnbrücke in Bahrenfeld bis zur Behringstraße oder womöglich gar als Anschluss zum Elbtunnel allenfalls dadurch finanziert werden könne, dass man öffentliche Flächen verkauft. Dies wurde als Altonaer Konsens von allen in der Bezirksversammlung vertretenen Parteien mit Ausnahme der LINKEN vertreten und verkündet.

Daraufhin wurde behauptet, DIE LINKE sei ja gar nicht für den Deckel, gleichwohl wir immer erklärt haben, dass wir natürlich den Deckel wollen, aber nicht nachvollziehen können, dass er durch den Verkauf von öffentlichen Grün- und Sportflächen finanziert werden soll, weil Autobahnen Bundesangelegenheiten sind und nicht die am meisten leidvoll Betroffenen heran gezogen werden dürfen, um die Zerschneidung Altonas (vor allem Bahrenfelds und Othmarschens) zu heilen, sondern die Nutznießer, nämlich der Bund und die Stadt Hamburg.

Als 2008 die Kleingärtner*innen-Initiative 'Apfelbaum braucht Wurzelraum' mit Unterstützung unserer Partei ein erfolgreiches Bürgerbegehren gegen den Verkauf der Altonaer Kleingärten startete, evozierte der Senat dies durch seine nunmehr grüne Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk und erklärte alle zum Verkauf vorgesehenen Flächen zu sog. Verwertungsflächen zugunsten des Altonaer Deckels, dadurch wurden sie der bezirklichen Planung und auch der Zuständigkeit durch Bürgerbegehren/Bürgerentscheide entzogen.

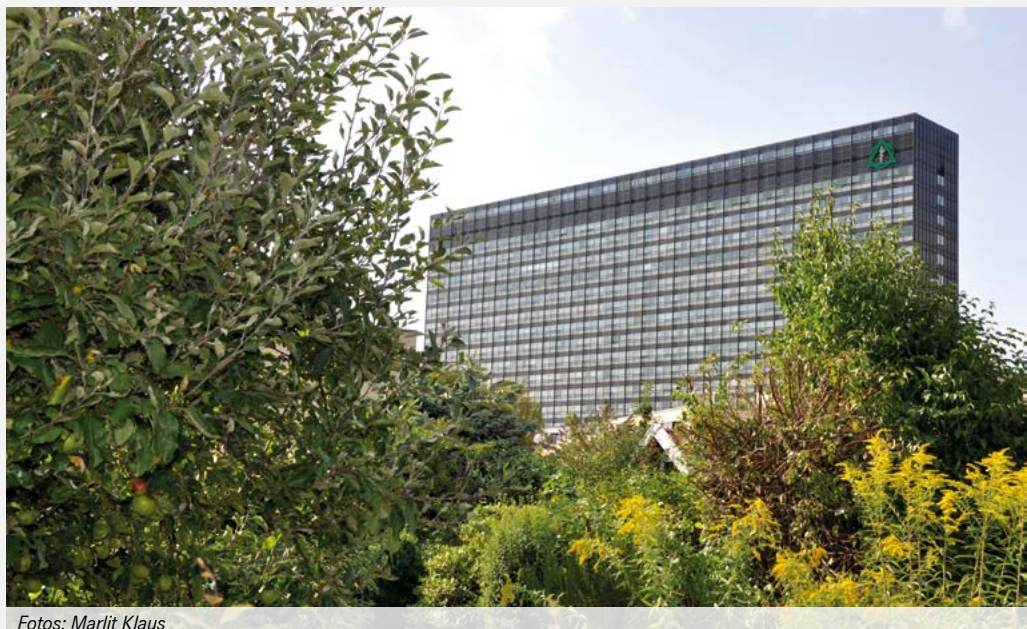
Aufgrund des sehr starken Drucks aus der Altonaer Bevölkerung schlossen der Landesbund der Gartenfreunde und der Senat einen Vertrag nach dem die Kleingartenparzellen erst dann gekündigt und geräumt werden dürften, wenn der Deckel fertiggestellt und mit einer 1 m dicken Erdschicht überlagert sei, auf die die betroffenen Kleingärten dann umziehen könnten. Dies akzeptierten die betroffenen Kleingärtner*innen – vor allem zwischen Behringstr. und Othmarscher Kirchenweg – zähneknirschend als Notlösung. Zähneknirschend, weil ihre hundert Jahre al-

ten Gärten mit dem entsprechenden Baumbewuchs aufgegeben werden müssten. Mangels Alternative stimmte man aber zu.

Nun hat die Schulbehörde plötzlich festgestellt, dass man im Altonaer Kerngebiet einen zusätzlichen Bedarf für 23 Züge in Grund- und weiterführenden Schulen habe, so dass ein erheblicher Bedarf für neue Schulen und Schulerweiterungen bestünde. Als es im Othmarschen Park nördlich der Behringstraße noch enorme Freiflächen gab, bestritt die Schulbehörde stets, dass man dort Flächen für Schulbau ausweisen müsse; so geschah dies auch nicht, und alles wurde mit Wohnungen zugebaut, was an sich ja auch in Ordnung ist. Aber Wohnungsbau ohne Schulen, Grünflächen und Kinderspielplätze ist eben nicht in Ordnung. Das musste dann schließlich auch der Senat einräumen und streckte seine Hände nach den Kleingärten südlich

von der Schulbehörde und der BSW zur Zeit. Die Kleingärtner*innen hingegen machen geltend, dass beispielsweise das an das Krankenhaus grenzende Gelände des Sportplatzes Othmarscher Kirchenweg bisher noch gar nicht verkauft, sondern nur einer Baugemeinschaft anhand gegeben sei, die dort zwischen Krankenhaus und den verbleibenden Kleingärten ein idyllisches Wohnprojekt errichten will; dies wird von den Grünen massiv unterstützt und begünstigt wohl ihre Klientel.

Nun aber zum Krankenhaus-Neubau nebenan. Da die Krankenhausfläche nicht zum Verwertungsgebiet für den Deckel gehört, untersteht sie noch dem bezirklichen Planungsrecht, weswegen die Altonaer Bezirksversammlung bzw. deren Ausschüsse ein wenig über die längst beschlossenen Umbau-Pläne informiert werden mussten. Dabei kam heraus, dass weder Gebäude noch Grundstück des Kranken-



Fotos: Marlit Klaus

der Behringstraße aus. Vielleicht könne man ja den Vertrag mit den Kleingärtnern auch vor der Fertigstellung des Deckels und der Umzugsflächen irgendwie loswerden. Z.B. dadurch, dass es in dem Vertrag eine Klausel gibt, dass der Vertrag ungültig würde, wenn mehr als 50% der zur Vertragsunterzeichnung verpachteten Kleingärten aufgegeben oder an Neu-Pächter weitergegeben worden seien. Und daran arbeiten zwei Staatsräte

hauses an Asklepios verkauft wurde, sondern lediglich die Betriebsgenehmigung, und diese auf 60 Jahre ohne Miet- oder Pachtzahlungen. Dies beinhaltete auch die Pensionsansprüche der Beschäftigten und deren Rückkehrangebot in den öffentlichen Dienst, wo dann auch viele völlig frustrierte Krankenschwestern und Pfleger landeten, z.B. in der Bauprüfabteilung, beim Job-Center oder dem Management des öffentlichen Raumes.

2017 hat Peter Tschentscher in seiner Regierungserklärung zur Wahl als Erster Bürgermeister erklärt, dass Asklepios einen Neubau des Altonaer Krankenhauses zu zwei Dritteln aus Steuergeldern finanziert bekommen. Ein Gutachten über die Notwendigkeit des Neubaus wurde trotz mehrfacher Anforderungen der LINKEN unter Verweis auf die Mitzuständigkeit des Bundes nie vorgelegt. Was aus dem jetzigen unter Denkmalschutz stehenden Krankenhausbau werden soll, ist ebenfalls ungeklärt und völlig widersprüchlich, denn die angedeutete energetische Unverträglichkeit würde ja auch für jede andere kommerzielle Nutzung erst recht gelten. Für den Krankenhaus-Neubau werden zwei Standorte in Betracht gezogen. Einer auf dem Gelände des



Parkhauses mit dem ehemaligen Aqua-Fit sowie der dann zu schließenden Paul-Ehrlich-Straße. Der andere östlich davon direkt an der Behringstraße auf der noch als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesenen Fläche des Teichs mit seiner Grünumgebung. Die Frage der Kleingärtner, ob man das dann jeweils nicht beanspruchte Gelände vielleicht als Schulgelände nutzen könne, wurde von der BSW dahingehend beantwortet, nein, das sei ausgeschlossen, weil dieses Gelände in der Verfügungsgewalt von Asklepios stünde. Gleichwohl es ihnen nicht gehört und für ihren Neubau auch nicht benötigt würde.

Und damit schließt sich der Kreis: man vergibt öffentliche Grundstücke an sog. Investoren, seien es renditeorientierte Krankenhaus-Betreiber wie Asklepios, Wohnungsbaugesellschaften oder auch Baugeinschaften Besserverdienender. Wenn dann fast alles vergeben ist, werden plötzlich Gemeinbedarfsflächen für – zum Beispiel – Schulneubauten reklamiert, womit man dann auch noch die letzten öffentlichen Flächen faktisch beschlagnahmen kann, denn das Kapital ist unersättlich in seiner Gier nach renditeträchtigen Anlagemöglichkeiten.

Robert Jarowoy



Heike Sudmann; Foto: Ralf Roletschek



Foto: Willi Puschel/Pixabay

Altona – immer für eine Überraschung gut

Erstmalig linke Bewerbung für die Bezirksamtsleitung

Die letzte Wahl der Bezirksamtsleitung in Altona hat für viel Ärger und Aufregung gesorgt, vor allem in der SPD. Machtpolitische Spielchen und persönliche Begehrlichkeiten standen dabei im Vordergrund. Als sich auch bei jetzt anstehenden Wahl für die Nachfolge der ausscheidenden Bezirksamtsleiterin Liane Melzer eine Neuauflage dieses Machtpokers abzeichnete – nunmehr auch noch intensiver bei den Grünen –, reifte bei einigen Genoss*innen in Altona die Überlegung, dem etwas entgegenzusetzen und Sand ins Getriebe zu streuen. So wurde die Idee einer Bewerbung von links geboren.

Die automatische Besetzung der Bezirksamtsleitung mit Mitgliedern der jeweiligen Regierungsfractionen ist nicht in Stein gemeißelt. Ganz im Gegenteil ist für die notwendige Stärkung der Bezirke eine klare und auch streitbare Position gegenüber dem Senat gefordert.

Bei der Suche nach eine*r Genoss*in, der/die nicht nur über politische Erfahrung und Standfestigkeit verfügt, sondern auch die formalen Anforderungen erfüllt, sind wir schnell auf unsere Bürgerschaftsabgeordnete Heike Sudmann gestoßen. Als gelernte Verwaltungsfachfrau, die in den Bezirken Harburg und Hamburg-Nord und in der Schulbehörde tätig war, kennt sie Verwaltungshandeln aus dem Effeff. Als ausgebildete Stadtplanerin ist sie prädestiniert, "die Weichen für viele Entwicklungen, die Altona in den nächsten Jahren sichtbar verändern werden" zu stellen, wie es so schön in der Stellenausschreibung heißt.

Kein Wunder also, dass unsere Bezirksmitgliederversammlung im Juli mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen eine Bewerbung Heikes für die Bezirksamtsleitung begrüßt hat.

Wir freuen uns, mit der Bewerbung deutlich machen zu können, dass DIE LINKE bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Damit diese aber nicht nur eine Verwaltung des Mangels und der Sparpolitik ist, treten wir weiterhin auf allen Ebenen für ein Ende der Schuldenbremse ein und unterstützen die Volksinitiative für eine Selbstbestimmung der Bezirke in sie betreffenden Fragen.

Sollte dies nicht durchsetzbar sein, wünschen wir uns von unserer Kandidatin, dass sie mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln – z.B. öffentlich gemachten Überlastungsanzeigen gegen Einsparungen im Personalbereich des Bezirksamtes – die Verantwortung des Senats für die Folgen dieser Politik deutlich macht und sich gegen Evokationen von bezirklichen Beschlüssen – auch und besonders von erfolgreichen Bürgerentscheiden – zur Wehr setzt.

Robert Jarowoy

Bezirksfraktion DIE LINKE Altona



Altona hat gewählt

14,8 % und 8 Plätze in der Bezirksversammlung

Danke für euer Vertrauen!

Hineingewählt wurden:

Thérèse Fiedler, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Robert Jarowoy, Fraktionsvorsitzender
Cornelia Templin
Wolfgang Ziegert
Andrea Benkert
Hasan Burgucuoglu
Blanca Merz
Karsten Strasser

Mehr Infos: www.linksfraktion-altona.de

So sind wir zu erreichen:

DIE LINKE. Bezirksfraktion Altona
Am Felde 2 (im Hinterhof links)
22765 Hamburg
Tel: 040 – 25 49 55 47
Email: buero@linksfraktion-altona.de

In der Regel sind wir
Mo., Mi. und Do.
von 9.00 bis 12.00 Uhr und
Di von 13.00 bis 16.00 Uhr
erreichbar.

DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona

Die Bezirksversammlung tagt jeden vierten Donnerstag im Monat um 18.00 Uhr
im Rathaus Altona, Kollegiensaal 1. Stock, Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Es lohnt sich auf jeden Fall, den Volksvertreterinnen und Volksvertretern zuzuhören!

Es gibt folgende Ausschüsse:

1. Hauptausschuss, 2. Ältestenrat/Geschäftsausschuss, 3. Haushalts- und Vergabeausschuss, 4. Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung, Senior*innen, Flüchtlinge und Gesundheit, 5. Jugendhilfeausschuss, 6. Unterausschuss Haushaltsangelegenheiten des Jugendhilfeausschusses 7. Ausschuss für Kultur und Bildung, 8. Verkehrsausschuss, 9. Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport, 10. Ausschuss für regionale Stadtteilentwicklung und Wirtschaft, 11. Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz, 12. Bauausschuss

In diesen Ausschüssen arbeiten neben den Fraktionsmitgliedern zubenannte Bürgerinnen und Bürger. Nicht alle gehören der Partei DIE LINKE an, sympathisieren aber mit unserer Politik.

Bis auf den Bauausschuss und den Ältestenrat tagen alle Ausschüsse öffentlich und es können am Anfang der Sitzung eingereichte Fragen gestellt werden. Die meisten Ausschüsse finden im technischen Rathaus in der Jessenstraße 1 statt.

Mehr Infos: www.hamburg.de/bezirksversammlung-altona/

DIE LINKE.
BEZIRKSFRAKTION ALTONA

Impressum:

V.i.S.d.P Robert Jarowoy, Am Felde 2, 22765 Hamburg

Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnen die Autor*innen verantwortlich

Herausgeber: Fraktionsvorstand der Linksfraktion Altona

Druck: WIRmachenDRUCK GmbH, 71522 Backnang/gedruckt auf Recyclingpapier weiß, Blauer Engel, FSC

Titelfoto: Marlit Klaus

Heideruh – Sommerfest mit außergewöhnlichem Theatererlebnis

Das alljährliche Sommerfest der antifaschistischen Begegnungs-, Erholungs- und Tagungsstätte Heideruh in Buchholz (in der Nordheide) ist jedes Jahr am letzten Samstag im Juli ein besonderes Event für die linke Szene Norddeutschlands. In diesem Jahr war der Höhepunkt die abendliche Aufführung des dokumentarischen Theaterstücks "Die vergessene Revolution", das sich als eine bemerkenswert feurige Geschichtsstunde über das historische Grob Ereignis der deutschen Novemberrevolution herausstellte.

Das eigens aus Köln angereiste Ensemble des nō theaters, das sich aus fünf jungen Schauspielerinnen zusammensetzte, wendete sich in einer Art Trauerspiel chronologisch den Errungenschaften und dem Verrat der Revolution von 1918/19 zu. Virtuos schlüpften die Schauspielerinnen in die Rollen der männlichen Protagonisten der damaligen So-

zialdemokratie und versuchten mit beißender Kritik an der SPD – angefangen bei ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten bis hin zum Schulterchluss mit Generälen der Reichswehr bei der höchst blutigen Niederschlagung der Aufstände der Soldaten- und Arbeiterräte - und einem flammenden Plädoyer die Revolution dem Vergessen zu entreißen. Mit der immer wieder gestellten rhetorischen Frage, was denn die Friedrich-Ebert-Stiftung zu alldem meine, wurde gekonnt satirisch auch die heutige Haltung der SPD zu den damaligen Ereignissen eingebunden.

Diese kraftvoll politisch – dokumentarische Inszenierung des Kölner nō theaters, das von Regisseur und Autor Janosch Roloff gemeinsam mit dem Frauenensemble entwickelt worden ist, brachte die Heideruh – Sommerfestgemeinde immer wieder zum Staunen und gipfelte in einem langanhaltenden Applaus.

P.S.: Danke für die Revolution



VERANSTALTUNGSTIPP

Wer die nō theater - Aufführung in Heideruh verpasst haben sollte, hat am **Samstag, 5.10., um 20.00 Uhr** im Hamburger Politbüro noch einmal die Chance, sich das Theaterstück anzuschauen.



Fotos: nō theater



Aufruf zu Mitarbeit und Spenden für die antifaschistische Begegnungs-, Erholungs- und Tagungsstätte Heideruh, die auf eine mittlerweile über 90jährige Geschichte zurückblickt:

Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, Heideruh als einzigartigen antifaschistischen Ort in Norddeutschland, der es vielfältigen Gruppen und Gästen ermöglicht, sich zu vernetzen, zu erholen, auszutauschen und weiterzubilden, langfristig zu erhalten. Deshalb wurde zum einen die Kampagne "Mitverantwortung/Mitarbeit - für mehr ehrenamtliche Helfer*innen in Heideruh" ins Leben gerufen - für jedes denkbare Tätigkeitsfeld (als da wären Büro, Öffentlichkeitsarbeit, Küche und Außengelände).

Zum anderen ist der Verein für den Übergang (bis ein tragfähiges Zukunftskonzept entwickelt ist) dringend auf finanzielle Hilfen angewiesen. Neben einmaligen - oder noch besser - regelmäßigen Spenden wären Darlehen, Erbschaften und Benefizkonzerte sehr hilfreich - oder ferner auch Personen, die bereit sind, sich um die Akquise von Förder- und Spendengeldern zu kümmern. Jede Spende für die Zukunft Heideruhs ist herzlich willkommen!

Heike Schoon
Vorstand Heideruh



BANKVERBINDUNG:

Wohn- und Ferienheim
Heideruh e. V.
IBAN: DE54200100200254024204
BIC: PBNKDEFF

Fotos: Daniel Nide



„Nun lebt wohl und werdet Kämpfer“

87 Jahre Altonaer Blutsonntag

Versteckt hinter Büschen und Ge-
strüpp, im Hof des Amtsgerichts Altona steht ein kleiner Gedenkstein. Was aussieht wie ein Grab, ist ein Andenken an die ersten vier Opfer der nationalsozialistischen Justiz, denen hier vor genau 85 Jahren das Leben genommen wurde. Die vier Kommunisten Bruno Tesch, Walter Möller, Karl Wolff und August Lütgens wurden am 1. August 1933 auf dem „Weiberhof“ des Altonaer Gefängnisses – dem heutigen Amtsgericht Altona – mit dem Handbeil hingerichtet; eine Folge des „Altonaer Blutsonntags“ am 17. Juli 1932.

An jenem Tag planten SS und SA eine Demonstration, bei der etwa 7.000 uniformierte und teils bewaffnete Nazis aus ganz Norddeutschland durch das preußische Altona laufen wollten. Ihre Parole: „Denen in Klein-Moskau zeigen wir es“, denn Altona galt damals als „rotes Viertel“, in dem mehrheitlich Kommunist*innen und Sozialdemokrat*innen lebten. Begleitet und beschützt von der Polizei marschierten sie durch die Stadt.

Trotz aller Bemühungen der Antifaschistischen Aktion in Altona, den Marsch



zu verhindern, ließ der Polizeipräsident Otto Eggerstedt, zugleich Reichstagsabgeordneter für die SPD, die Demonstration im Rahmen des NSDAP-Wahlkampfes zu. Die Anwohner*innen rief Eggerstedt dazu auf, an dem Tag die Stadt zu verlassen – und tat dies auch selbst. Eggerstedt starb ein Jahr später im für „Schutzhäftlinge“ eingerichteten KZ Esterwegen. Gegen Mittag zogen die Nazis dann mit antisemitischem Gesang

und faschistischen Parolen durch Altona. Sie schlugen Anwohner*Innen zusammen, bis irgendwann Schüsse fielen – zwei SA-Männer wurden tödlich verwundet. Der Polizei diente der Vorfall zum Anlass, ihrerseits das Feuer zu eröffnen und willkürlich auf vermeintliche Heckenschützen auf den Dächern zu schießen. 16 Anwohner*innen starben, 68 wurden verletzt, insgesamt 5.000 Projektile wurden abgefeuert.

Wer hat angefangen ?

Jahrelang waren sich Historiker*innen einig: Die Kommunisten schossen zuerst. Sie töteten die SA-Männer Heinrich Koch und Peter Büddig – und eröffneten damit den blutigen Sonntag. Bis heute wird diese Version in konservativen Medien wiederholt. Dank des Résistancekämpfers Léon Schirmann, der 1992 die Akten des Altonaer Blutsonntags neu auswertete, kann heute davon ausgegangen werden, dass die tödlichen Kugeln aus Polizeipistolen gekommen waren. Dafür, dass protestierende Anwohner*innen schossen, gab es nie einen Beweis.

Damals jedoch wurden Lügen und bezahlte Falschaussagen in die Akten aufgenommen und die vier Kommunisten Tesch, Möller, Wolff und Lütgens kamen im Herbst 1932 in Untersuchungshaft. Nach einiger Zeit wurde das Verfahren eingestellt – und wieder aufgenommen, kurz nachdem die Nationalsozialisten an die Macht kamen. Am 4. Juni 1933 wurden die vier Angeklagten wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode verurteilt. Vorsitzender der Verhandlung war Johannes Martensen Block, den nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ ein sowjetisches Militärtribunal selbst zum Tode verurteilte.

Die SPD nahm diese Absetzung – „begründet“ mit angeblicher Unfähigkeit und einem Kontrollverlust der Regierenden – passiv hin; Aufrufen etwa zu Streiks begegneten sie mit Ablehnung. Die Hoffnung der Sozialdemokrat*innen richtete sich auf die Wahlen im November 1932 – bei denen dann die NSDAP stärkste Kraft wurde.

Die Vier aus Altona

August Lütgens hatte bereits für die Novemberrevolution gekämpft, war Teil des Kieler Matrosenaufstandes gewesen. „Wenn ihr größer seid und die Weltgeschichte studiert habt“, schrieb er am Tag vor seiner Hinrichtung an seine Kinder, „dann werdet ihr begreifen, was euer Papa war, warum er kämpfte und starb, auch werdet ihr begreifen, warum euer Papa so und nicht anders handeln konnte, nun lebt wohl und werdet Kämpfer.“

Bruno Tesch war der Jüngste der Vier: Mit gerade mal 20 Jahren wurde er hingerichtet. Kurz vor seiner Festnahme hatte er eine von

Der Schumachermeister Wolff schließlich schrieb kurz vor seiner Hinrichtung an einen Freund: „Ich schreibe dir nochmals, dass ich unschuldig bin und hoffe, dass meine Unschuld noch an den Tag kommt.“ Tesch, Möller, Wolff und Lütgens wurden erst 1992, als Folge von Léon Schirmanns Recherche, als Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus anerkannt – und ihre Todesurteile aufgehoben. Die Verurteilungen anderer Antifaschisten und Antifaschistinnen, die in Zusammenhang mit dem Blutsonntag zu Gefängnisstrafen und teilweise später zum Tod verurteilt wurden, sind bis heute gültig.

Wer heute aufmerksam durch das seit 1937 zu Hamburg gehörende Altona läuft, findet vielleicht noch das eine oder andere Andenken an Tesch, Möller, Wolff und Lütgens: Im Hinterhof des Amtsgerichts, dem Ort der Hinrichtung, ist der Gedenkstein für die Vier aufgestellt worden, allen vier ist ein Stolperstein gewidmet, Straßen und Parks im einst „roten“ Altona tragen ihre Namen. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) hat es sich zur Aufgabe gemacht, dafür zu sorgen, dass der damals geleistete Widerstand nicht vergessen wird. Alljährlich am



Dass protestierende Anwohner*innen die beiden SA-Männer erschossen, wurde nie bewiesen.

Der Altonaer Blutsonntag hatte für die NSDAP großen politischen Nutzen: Altona war damals ein Teil von Preußen, und die Ereignisse vom 17. Juli waren ein Vorwand für den „Preußenschlag“: der Absetzung der letzten sozialdemokratischen Landesregie-

Verfolgung bedrohte Frau mit ihren Kindern in einem Hof in Sicherheit gebracht, wo er dann festgenommen wurde. Walter Möller war Mitglied der Eppendorfer „Antifaschistischen Aktion“. Am Tag des Altonaer Blutsonntags unterstützte er Arbeiter bei dem Versuch, den Aufmarsch der Nazis zu verhindern. Er wurde zusammen mit Karl Wolff festgenommen und verurteilt – fußend auf den Aussagen zweier SA-Männer.

1. August organisiert sie eine Gedenkveranstaltung für die vier Kommunisten: am Ort des Geschehens, hinter dem Amtsgericht Altona. „Wir sind der Meinung, dass nichts und niemand vergessen werden darf“, sagt Cornelia Kerth, die Bundesvorsitzende der Vereinigung und Mitglied der Linken „Weder die Opfer noch die Täter und schon gar nicht die, die Widerstand geleistet haben.“

Naomi Bruhn

DIE AfD: VOM „FLÜGEL“ BRAUN GEBRANNT

In der Partei Alternative für Deutschland tobt ein Machtkampf, der kurz vor einer richtungsweisenden Entscheidung steht. Die völkisch-nationalistische Strömung in der Partei mit dem Namen Flügel dominiert in den östlichen Bundesländern die AfD und hat auch in fünf westlichen Bundesländern ihren Einfluss erheblich ausgeweitet. Die Faschisierung der AfD schreitet voran und ist auf dem Weg, eher gemäßigte Populisten an den Rand oder aus der Partei zu drängen.



Der Flügel, dessen wichtigste Vertreter Björn Höcke, Hans-Thomas Tillschneider, Jörg Urban und Andreas Edwin Kalbitz sind, konnte beim Landesverband der AfD in Schleswig-Holstein die rechtsradikale, von ihrer Landtagsfraktion ausgeschlossene Doris von Sayn-Wittgenstein zur neuen Landesvorsitzenden küren. Mit 137 Stimmen gegenüber 100 Stimmen für Christian Waldheim und vier weiteren Stimmen für einen weiteren Kandidaten gewann sie die Kampfkandidatur um das Amt. Das gegen sie laufende Parteiausschlussverfahren der Bundespartei war bis dahin noch nicht entschieden, so dass sie auch kandidieren durfte. Der Flügel ist also wie in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Niedersachsen und wahrscheinlich auch in Bayern in der Lage, Mehrheiten zu organisieren und ihren Einfluss hinsichtlich ihrer inhaltlichen Zielsetzungen und ihrer Personalpolitik in den Landesverbänden zu vergrößern.

Im mitgliederstarken Landesverband Nordrhein-Westfalen (rund 5.300) traten jüngst neun der zwölf Mitglieder vom Landesvorstand zurück. Nun führen drei Getreue des Flügels den Landesverband an, nicht zuletzt deshalb, weil auf dem Landesparteitag der AfD keine Zweidrittelmehrheit für die Abwahl des Rumpfvorstandes zustande kam.

VOM FLÜGEL GESTUTZT

Im ebenfalls für die AfD bedeutenden Landesverband Baden-Württemberg gelang es dem Bundesparteivorsitzenden Jörg Meuthen nicht, sich von seinem Kreisverband zum Delegierten für den Bundesparteitag Ende November nominieren zu lassen. Die Mitglieder seines Kreisverbandes sprachen sich mehrheitlich gegen ihn aus. Der Flügel zeigte besonders hier seine inzwischen gewachsene Stärke. Denn Jörg Meuthen versuchte sich im Vorfeld des Bundesparteitages der AfD und nachdem das Bundesamt für Verfassungsschutz ankündigte, die Jugendorganisation der Partei Junge Alternative sowie den Flügel unter Beobachtung zu stellen, von Positionen und Personen des Flügels abzugrenzen. Das bestrafte nun Höckes Flügel mit der Mobilisierung der Stimmenmehrheit gegen Meuthen.

Jörg Meuthen verhielt sich von Beginn an sehr indifferent und haltungslos gegenüber dem Flügel. Selbst schlimme verbale Entgleisungen vieler AfD-Mitglieder und Flügelanhänger*innen bagatellierte er in unverantwortlicher Weise. Mit seinem unentschlossenen Verhalten förderte er den Bedeutungswachstum des Flügels. Lieber

versäumte er es nicht, bei Veranstaltungen des Flügels wie das so genannte Kyffhäusertreffen in Thüringen an der Seite Höckes zu stehen und seine Politik zu loben. Nun brauchen Höcke & Co ihn nicht mehr. Jörg Meuthen wird die Wahl zum Parteivorsitzenden voraussichtlich verlieren und Björn Höcke könnte auf dem Parteitag triumphieren. Selbst der reaktionäre Scharfmacher Alexander Gauland und die rassistische Alice Weidel fürchten seine Macht und scheuen eine offene Auseinandersetzung mit ihm.

Der Machtkampf tobt auch in Bayern und Niedersachsen. Dort hat der Flügel ebenfalls seine Anhängerschaft vergrößert. In Bayern weiß der Flügel den Umstand zu nutzen, dass dem Landesvorstand von vielen Mitgliedern ein zweifelhafter Umgang mit den Parteifinanzien vorgeworfen wird. Mitte September soll ein neuer Landesvorstand gewählt werden. Spätestens dann wird sich die Stärke des Flügels zeigen. Im Niedersächsischen Landesverband ist ebenfalls ein Streit im Gange, den der Flügel zu nutzen weiß.



Unteilbar Demo in Berlin Foto: Andi Weiland

NETZWERKSUPPORT FÜR DEN FLÜGEL

Höcke und weitere Flügelgrößen haben systematisch und methodisch die völkisch-nationalistische Ideologie in der AfD verbreitet und die Anhängerschaft des Flügels in recht kurzer Zeit vergrößert. Dabei half und hilft ihm noch immer ein stabiles Netzwerk der Neuen Rechten. Rechte Denkfabriken, Stiftungen, Institute, Magazine, Organisationen wie die Identitäre Bewegung und der Verein Ein Prozent sowie ihre Führungsleute wie Jürgen Elsässer, Götz Kubitschek, Dieter Stein, Philip Stein und Karlheinz Weißmann unterfüttern die politische Ausrichtung des Flügels und setzen sie in ideologischer Hinsicht auf die faschistische Schiene. Ihr Einfluss auf Björn Höcke ist sehr groß. Flügel und das Netzwerk arbeiten eng zusammen und sind eng miteinander verbunden. Die Altonaer Linke Nachrichten gingen schon in mehreren Ausgaben darauf ein.

Insbesondere mit den bevorstehenden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und in Thüringen könnte die Bedeutung des Flügels innerhalb der AfD weiter zulegen. Dort werden der AfD in Umfragen mehr als zwanzig Prozent zugetraut. Sie könnte in allen drei Landesparlamenten die stärkste Partei werden. Obwohl die AfD sich in vielen Landes- und Kommunalparlamenten eher mit Nichtstun, mit geringen Sachkompetenzen und mit flüchtlingsfeindlichen, homophoben und rassistischen Aussagen und Beiträgen hervor- tut, wird sie gewählt. Dabei prägt zusehends Björn Höcke das („Führer“-) Bild von der Partei. Der Flügel hat in den östlichen Landesverbänden die Zügel fest in der Hand. Andreas Edwin Kalbitz ist der AfD-Spitzenkandidat in Brandenburg und Teil des Flügels. Dies gilt auch für Jörg Urban, der in Sachsen als Spitzenkandidat der AfD antritt. Höcke wiederum ist die Nummer 1 der AfD in Thüringen.

DIE AFD BEI DEN KOMMUNALWAHLEN

Am 26. Mai, das wird leicht vergessen, gab es in zehn Bundesländern Kommunalwahlen. Hier gab es vor fünf Jahren für die AfD kaum etwas zu holen. Die Mitgliederzahl der Partei war zu schwach, der Aufbau der Partei hatte erst begonnen und somit fehlte ein breiter struktureller Unterbau. Seither ist viel geschehen und nicht zuletzt der Flügel verstand, wie wichtig eine starke Verankerung und ein planvoller Aufbau der AfD in Kommunen und in den Kreisen sein würde. Nun kandidierten mehr als 7.000 Rechtspo-



BUCHEMPFEHLUNG:

„DAS NETZWERK DER NEUEN RECHTEN – Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern“

Ein umfassender, detailliert beschriebener, gut recherchierter und kompetenter Report; sehr gut zu lesen.

Von Christian Fuchs und Paul Middelhoff, erschienen bei Rowohlt Polaris in Reinbek.



pulisten und Rechtsextreme für die AfD für den Einzug in die Kommunalparlamente und Kreistage. Tatsächlich errang die AfD bei diesen Wahlen rund 3.400 Mandate. Allerdings blieben 272 Mandate frei, weil die AfD trotz des bisher erfolgten Aufbaus noch zu wenig Kandidierende nominieren konnte. Vor allem in Sachsen fuhr die AfD große Wahlerfolge ein und kam auf mehr als 1.000 Sitze (vgl. Tilo Giesbers in „Kommunalwahlen 2019: extrem rechte Antritte und Mandate“, antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e. V., www.apabiz.de).

Nicht überall schnitt die AfD erfolgreich ab. In den Stadtstaaten, in Bayern und in Schleswig-Holstein war die Zahl der gewonnenen Sitze sehr übersichtlich, während in Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und in Niedersachsen die Zahl der errungenen Mandate groß war. In Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz kandidierte die AfD nicht für einige Kreistage, ein Hinweis darauf, dass bei rund 35.000 Parteimitgliedern bundesweit in der Fläche noch viele Lücken zu verzeichnen sind.

Trotzdem hat diese Partei ihre Strukturen in den Regionen auf dem Land weiter auf- und ausgebaut. Vielerorts arbeiten in verschiedenen Bundesländern auch viele Wählergemeinschaften in der Kommunal- und Kreispolitik mit, die zum größeren Teil schon ein lange politische Tradition haben und viele rechte und konservative Wähler*innen an sich binden bzw. an sich gebunden haben. Dort hat die AfD eher einen schwächeren Stand und einen eher unterentwickelten Unterbau.

Dem aggressiven und beharrlichen innerparteilichen Vorgehen des Flügels, der relativ einig agiert, und dem Einfluss des rechten Netzwerks auf die ideologische Ausrichtung der Flügel sowie bei den Mitgliedern der Jungen Alternativen und darüber auf die AfD scheinen die als gemäßigt geltenden Rechtspopulisten wenig entgegenzusetzen zu haben. Sollte die drei Landtagswahlen und

danach der Bundesparteitag der AfD für den Flügel erfolgreich verlaufen, dann könnte es den Neuen Rechten gelingen, die AfD zu einer völkisch-nationalistischen oder wohl eher zu einer faschistischen Partei umzuformen.

DIE LINKE wird sich weiterhin dieser Entwicklung entgegenstellen.

Weder rechtspopulistische noch faschistische Parteien dürfen mit ihren menschenrechtsverachtenden, demokratiefeindlichen, homophoben und rassistischen Haltungen und Einstellungen auch nur die geringste Chance erhalten, in Regierungen zu gelangen und die Gesellschaft in das finstere Zeitalter zwischen 1933 und 1945 zurückzuführen. Es ist wichtig, ihnen auf allen Ebenen entschlossen entgegenzutreten und ihnen den Raum zu nehmen, ihre Ideologie in den Köpfen der Menschen zu verankern.

Volker Vödisch

Nach der Sachsen-Wahl:

Ist die AfD noch zu stoppen?



Diskussionsveranstaltung mit
Jan van Aken (DIE LINKE, Parteivorstand)
NamDuy Nguyen (#unteilbar Leipzig)
einer Aktivistin der Antifa Altona-Ost

Dienstag, 17. September 2019
19.30 Uhr
ASB-Treff, Düppelstraße 20

DIE LINKE.
STADTTEILGRUPPE ALTONA-NORD
f /DIELINKE.AltonaNord
die-linke-altona.de



Fotos: Jochim Maack

Pisagua – ein politischer Reisebericht

Pisagua, ein kleines Fischerdorf an der chilenischen Nordküste – ein Dorf wie viele andere?

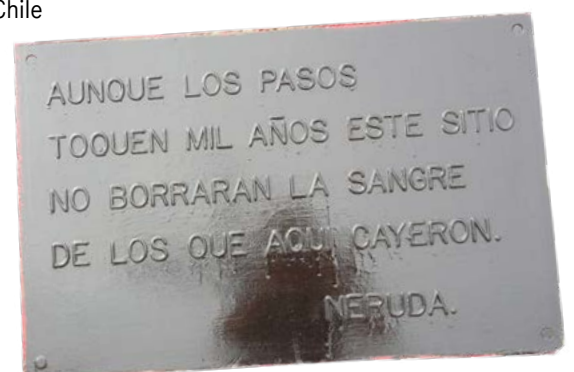
Ich war auf dem Weg ganz in den Norden Chiles, die Panamericana führt dort unendlich durch die Wüste. Dann eine der seltenen Abzweigungen zur Küste hin, und das mit einer vielversprechenden Straße, heißt mit Teerdecke und keine Rüttelpiste, von denen ich mir und meinem kleinen Bus schon so viel zugemutet hatte. Spontan beschloss ich, ihr zu folgen; Endpunkt Pisagua. Nach 40 km durch eine unheimlich karge und doch schöne Dünen-Wüstenlandschaft und 2000 m Höhenunterschied das Meer und eben Pisagua.

Bereits auf der Strecke dorthin traf ich auf einen alten Friedhof bzw. eine Reihe von mindestens 100 Jahren alten Holzkreuzen, Namen gab es daran nicht mehr. Auch Pisagua selbst macht auf den ersten Blick einen morbiden Eindruck, neben bewohnten eine große Anzahl dem Verfall preisgegebener Häuser. Das ist in der Trockenheit der Wüste ein langer Prozess. Etwas war besonders an diesem Ort, im Zentrum alte politische Wandmalereien, wie ich sie anderswo noch nicht gesehen hatte und die mich neugierig machten. Es leben vielleicht noch 250-300 Menschen in Pisagua, vorwiegend Alte

und Frauen mit Kindern, die kleinen Fischer haben keinen Absatzmarkt, der nächste kleine Ort ist 50 km entfernt und Städte wie Iquique oder Arica 150-200 km. Also wird nur noch für den Dorfbedarf gefischt und die Jungen gehen. Ich fand einen Stellplatz am Meer auf einer alten Mole und machte am folgenden Tag eine Wander- und Klettertour an der Küste. Zuerst stieß ich auf große Gedenkstätten der Marine und des Militärs, mittels derer an eine Schlacht im Pazifikkrieg (auch Salpeterkrieg genannt) und den unvermeidlichen „Helden“ dieser Schlacht vor 140 Jahren gedacht wurde. Ein riesiges Bodenrelief zeichnete diese Schlacht nach, inklusive der Angaben über getötete Feinde und eigener Gefallener. Nicht ungewöhnlich für Chile und auch nicht für die anderen Länder ringsherum. Kaum ein Ort ohne „Heldengedenken“, sei es für den Kampf um die Unabhängigkeit von Spanien, die diversen Kriege untereinander oder die Feldzüge gegen die Ureinwohner*innen. Orte, Städte und die zentralen Straßen tragen die Namen der damaligen Generäle etc.

Dann stieß ich in einigen Kilometern Entfernung auf einen für so einen Ort riesigen Friedhof – noch in Nutzung – mit einigen wenigen neuen Gräbern, aber die meisten stammten vom Ende des 19. bzw. Anfang des 20. Jahrhunderts und waren weit über 100 Jahre der Sonne und dem Wüstenwind und -sand ausgesetzt.

Und dann, am Rande des Friedhofes ein Memorial für Opfer der Militärdiktatur unter Pinochet, sowie diverse Gedenksteine und ein offenes Massengrab – ebenfalls als Mahnmal. An diesem Ort gab es ein campo de concentracion, also ein Konzentrationslager, in dem



Chile wurde vom 24. Oktober 1970 bis zum Militärputsch am 11.9.1973 von der Unidad Popular unter dem Präsidenten Salvador Allende regiert. Dies war ein Linksbündnis, das versuchte Chile auf friedlichen und demokratischen Weg in den Sozialismus zu führen. Gerade deshalb fand es weltweit Beachtung und speziell die USA und deren Geheimdienst CIA waren maßgeblich daran beteiligt, dieses Experiment mit Gewalt zu beenden. Dem Militärputsch fielen Tausende zum Opfer, die ohne Verfahren in Konzentrationslager gesperrt, gefoltert und ermordet wurden. Das Nationalstadion in Santiago wurde wochenlang in ein KZ verwandelt, wo unter anderem der Sänger Victor Jara ermordet wurde. Die Militärdiktatur währte bis zum 11.3.1990. Die Verantwortlichen wurden nie zur Rechenschaft gezogen, der Kopf des Putsches - Pinochet - wie andere Militärs verfügten weiterhin über großen politischen Einfluss. Chile wurde unter Pinochet zum Versuchsfeld der extrem neoliberalen „Chicago-Boys“, die hier ihre Wirtschaftstheorien in die Tat umsetzen konnten. Dies geschieht bis heute, keine chilenische Regierung der Nachdiktaturzeit hat sich da bislang herangetraut.

Eine Aufarbeitung dieser Zeit hat es anders wie z.B. in Argentinien bislang nicht gegeben.



” Mit Sicherheit ist dies die letzte Gelegenheit, mich an Sie zu wenden. [...] Mir bleibt nichts anderes, als den Arbeitern zu sagen: Ich werde nicht aufgeben! In diesem historischen Moment werde ich die Treue zum Volk mit meinem Leben bezahlen. [...] Sie haben die Macht, sie können uns überwältigen, aber sie können die gesellschaftlichen Prozesse nicht durch Verbrechen und nicht durch Gewalt aufhalten. Die Geschichte gehört uns und sie wird durch die Völker geschrieben. Arbeiter meiner Heimat: Ich möchte Ihnen für Ihre Treue danken. [...] Es lebe Chile! Es lebe das Volk! Es leben die Arbeiter! Dies sind meine letzten Worte und ich bin sicher, dass mein Opfer nicht umsonst sein wird, ich bin sicher, dass es wenigstens ein symbolisches Zeichen ist gegen den Betrug, die Feigheit und den Verrat. “

Das sind die letzten Worte von Salvador Allende per Rundfunkansprache an das chilenische Volk bevor das Militär den Regierungssitz erstürmte und Allende angeblich mit einem selbst beigebrachten Kopfschuss tot vorfand.



MIR , Movimiento de Izquierda Revolucionaria, war eine linke Organisation, die der Politik der Unidad Popular kritisch gegenüberstand und nicht Teil derselben war. Der MIR glaubte nicht an den friedlichen Weg zum Sozialismus. Trotzdem gab es gute, auch persönliche, Beziehungen des MIR mit Salvador Allende (einer der MIR-Führer, Pascal Allende, war ein Neffe des Präsidenten) und zeitweise stellte der MIR die Leibwache Allendes. Die Militärs machten da nach dem Putsch keine großen Unterschiede. Der MIR versuchte nach dem Putsch einen Guerillakrieg gegen das Militär zu führen, dem auch einige hochrangige Militärs zum Opfer fielen, der letztendlich aber scheiterte.

sofort nach dem Militärputsch vom 11.9.1973 vor allem linke Oppositionelle gefoltert, ermordet und verscharrt wurden. Derartige Lager und Folterstätten gab es vielerorts in Chile; Pisagua war eher ein kleines, an die 30 Menschen wurden hier ohne Verfahren umgebracht und verscharrt, ihre Überreste, Namen und Geschichte wurden z.T. erst nach der Zeit der Diktatur gefunden und zurückverfolgt; einige, die Desaparecidos, sind bis heute verschwunden, möglicherweise aus Militärhubschraubern über dem Meer abgeworfen worden. Der damals Ermordeten und Verschwundenen wird offiziell nicht gedacht, das bleibt ihren Angehörigen und Organisationen vorbehalten wie auch in Pisagua. Es gibt keine nennenswerte Aufarbeitung dieser Zeit in Chile, Pinochet ist „in Ehren“ alt geworden und gestorben und das Militär nach wie vor überall präsent. Beim Putsch hat die CIA eine wichtige Rolle gespielt, und die Wirtschaftspolitik der Militärjunta wurde von den sogenannten Chicago-Boys, einer Gruppe extrem wirtschaftsliberaler Ökonomen entwickelt bzw. in Chile, wo es keine Opposition mehr gab, umgesetzt. Noch heute gilt Chile als Versuchsfeld derar-

tiger Wirtschaftspolitik, und das hat bislang keine der Nachdiktatur-Regierungen ernsthaft in Frage gestellt. Obwohl eigentlich ein reiches Land, ist in Chile die Verteilung des Reichtums wie auch der Zugang zu Bildung derartig krass an die Zugehörigkeit zur jeweiligen Klasse oder Gesellschaftsschicht gebunden wie in kaum einem anderen Land Lateinamerikas.

Dieser Ort, die Geschichte und Namen der Opfer haben mich sehr ergriffen. Der Putsch am 11.9.1973 hat mein politisches Weltbild in jungen Jahren entscheidend geprägt. Die damalige Regierung der Unidad Popular unter Salvadore Allende hatte vielen Hoffnung auf einen demokratischen Übergang zu einem sozialeren System gemacht. Der Putsch hat viele dieser Träume zunichte gemacht, Träume, dass der Kapitalismus sich auf demokratischem Weg verändern oder gar überwinden lässt. Eine große Streitfrage innerhalb der damaligen Linken und bis heute. Die Militärjunta hat da weniger differenziert. Seite an Seite wurden Genoss*innen der sozialistischen Partei, der kommunistischen Partei, des MAPU und des MIR eingekerkert, gefoltert und ermordet.

Das Datum 11.9. ist für mich in erster Linie mit dieser Tragödie verbunden und nicht mit den TwinTowers. Ein alter Fischer hat mir dann bestätigt, dass in Pisagua vom September 1973 bis 1976 Menschen gefoltert und ermordet wurden. Anfang der 1980er hat die Militärdiktatur dann am selben Ort eine Art Musterlager errichtet, um der Weltöffentlichkeit den humanen Umgang mit Regimegegner*innen weiszumachen. Reine Show, sagte der Fischer.

Und der große Friedhof? Pisagua hatte in Hochzeiten des Salpeterabbaus 14.000 Einwohner*innen, ein großes Krankenhaus, dessen Überreste noch stehen, ebenso wie die des Theaters, des Bahnhofes, des Gefängnisses etc. Salpeter spielte damals eine wichtige Rolle wie später das Erdöl und jetzt die Seltenen Erden. Europas Böden waren ausgelaugt und brauchten den Dünger - und nicht zu vergessen, Salpeter war damals der

Grundstoff für Sprengstoffe, also kriegswichtig. Entsprechend gab es Krieg darum, Chile nahm Peru und Bolivien wichtige Gebiete ab und feiert das noch heute mit riesigen Paraden zu den Jahrestagen wichtiger Schlachten und Siege. Bolivien verlor damals den Zugang zum Pazifik, und bis heute gibt es keine geordneten diplomatischen Beziehungen zwischen Bolivien und Chile.

Die Waffen dieser Kriege stammten übrigens damals wie heute meist aus Europa und den USA. Eine dieser Paraden habe ich einige Tage später in Arica, der Grenzstadt zu Peru mitbekommen. Alle Waffengattungen, ergänzt durch Truppen in historischer Militärkleidung sowie Abordnungen aus allen Bevölkerungsgruppen paradierten unter großem Jubel durch die Straßen und gedachten der „heroischen“ Erstürmung eines strategisch wichtigen Felsens, den die heldenhaften Chilenen den Peruanern in nur 25 Minuten

entrissen hatten. Für mich eine makabre Mischung aus Militarismus und Volksfest. Lediglich eine kleine Gruppe, hauptsächlich Lehrer*innen, hielt eine kleine Gegenkundgebung ab, auf der sie bessere Bezahlung und kostenlose Bildung für alle forderten.

Auch Arica gehörte, wie weitere Teile von Chiles Norden, vor dem Salpeterkrieg zu Peru. Soweit mein kleiner Reisebericht.

Jochim Maack

P.S.

Der Salpeter- oder auch Pazifikkrieg fand von 1879-1884 statt und wurde entscheidend von der Marine geführt, da es damals noch keine oder kaum Landwege in diese Gebiete gab. Er endete mit dem Sieg Chiles, Peru verlor den heutigen Norden Chiles und Bolivien den Zugang zum Pazifik.



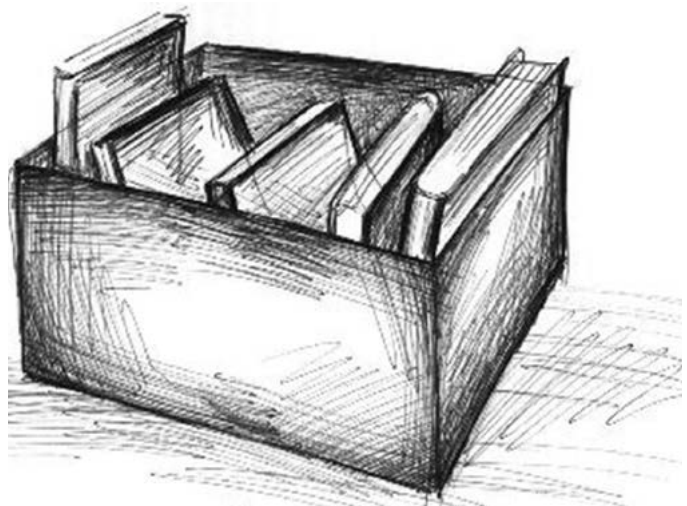
MAPU, Movimiento de Accion Popular Unidad, die Mapu war eine Partei, die aus der linken Christdemokratie hervorgegangen war, sich z. T. an der Befreiungstheologie orientierte und Mitglied des Regierungsbündnisses Unidad Popular war. Auch die Mapu hat zahlreiche Opfer durch die Militärs zu beklagen.

Bücherkiste Links

Liebe Leute,

alle Bücher sind in Urlaub. Dort werden sie gerade gelesen. In der nächsten ALiNa geht es dann mit den Buchbesprechungen weiter. Versprochen.

Eure Leseratte!



Regelmäßige Termine

Mitgliederversammlung

Jeden vierten Montag im Monat um 19:30 Uhr im Parteibüro,
Am Felde 2, 22765 Hamburg

Bezirksvorstandssitzung

Jeden dritten Montag im Monat um 19.30 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Hamburg

Bezirksversammlung Altona

Jeden vierten Donnerstag im Monat um 18.00 Uhr
im Rathaus Altona, Kollegiensaal 1. Stock
Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Landesarbeitsgemeinschaft Kindheit und Jugend – Fachforum der Linken

Jeden zweiten Donnerstag im Monat um 19.15 Uhr
in der Geschäftsstelle der Bürgerschaftsfraktion
Lilienstraße 15, 20095 Hamburg

Kommunistische Plattform Clara Zetkin

Jeden vierten Montag im Monat um 19:00 Uhr
im Parteibüro am Felde 2, 22765 Altona
Volker Vödich, Telefon: 01577-245 11 70,
volker-voedisch@t-online.de
mail@uliludwig.de

AG Frauen der LINKEN Altona

jeden 2. Donnerstag im Monat 19:00 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Hamburg

Stadtteilgruppen:

Ottensen

jeden ersten Dienstag im Monat
um 19.30 Uhr im Büro Am Felde 2,
22765 Hamburg
Klaus Peter Berndt
neu-mkundab@web.de
Mobil: 0170 - 675 22 22

Altona-Altstadt

jeden vierten Dienstag im Monat
um 19:00 Uhr im AWO-Treff
Karl-Wolf-Str. 19/Ecke Chemnitzstraße,
22767 Hamburg
Werner Haertel,
Telefon: 040 – 200 54 67

Altona-Nord

Jeden zweiten Dienstag im Monat
um 19:00 Uhr im AWO Seniorentreff,
Düppelstr. 20, 22769 Hamburg

Sternschanze

jeden 3. Dienstag im Monat
um 19.00 Uhr Taverna Plaka,
Schanzenstr. 25, 20357 Hamburg
Paulo F. Vieira P. Lopes
paulo.vieira.lopes@web.de

Bahrenfeld

jeden 1. Mittwoch im Monat
um 19:00 Uhr. ViaCafélier,
Paul-Dessau-Straße 4, 22761 Hamburg
Anke Peters, 0172 544 0 540
peters-a@web.de
Horst Schneider, 0157 510 530 16
horstschneider22765@googlemail.com

Elbvororte

nächstes Treffen bitte erfragen unter
info@die-linke-altona.de

Flottbek

nächstes Treffen bitte erfragen bei
Hasan Burgucuoglu,
Tel: 0176- 49 38 04 50

Lurup/Osdorf

Jeden dritten Mittwoch im Monat
um 19:30Uhr im Stadtteilhaus Lurup
(Lesecafé), Böverstand 38,
22547 Hamburg

So erreichen Sie uns:

Web: www.die-linke-altona.de
Mail: info@die-linke-altona.de
Tel.: 040 – 41 35 85 20
Post: DIE LINKE. Bezirksverband Altona
Am Felde 2 • 22765 Hamburg
Bank: DIE LINKE.Altona
Hamburger Sparkasse | BLZ 200 505 50 | Konto 1268151923
IBAN: DE44 2005 0550 1268 1519 23 | BIC: HASPDEHHXXX

So erreichen Sie die ALiNa-Redaktion:

Mail: alina@die-linke-altona.de

Impressum:

V.i.S.d.P Volker Vödich, Am Felde 2, 22765 Hamburg
Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnen die Autor*innen verantwortlich
Herausgeber: Geschäftsführender Vorstand von DIE LINKE Bezirksverband Altona

Druck: WIRmachenDRUCK GmbH, 71522 Backnang
gedruckt auf Recycling-Papier weiß (Blauer Engel/FSC)
Titelfoto: Alamy/Bernd Lauter

DIE LINKE.
BEZIRKSVERBAND ALTONA

Die Redaktion zu dieser Ausgabe

Marlit Klaus, Heinz-Dieter Lechte, Volker
Vödich, Naomi Bruhn, Daniel Bosse
Layout: Christine Zander
Korrektur gelesen durch: Werner Haertel

Folgen Sie uns bei:



In eigener Sache:

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

wir sind dankbar für Rückmeldungen zur ALiNa. Über Kritik, Anregung, Verbesserungsvorschläge sowohl zum Inhalt als auch zur Gestaltung würden wir uns freuen. Was gefällt Euch bzw. Ihnen, was wird vermisst, was sollten wir anders machen. Auch neue aktive Mitarbeiter*innen in der Redaktion und für die Gestaltung sind herzlich willkommen.

Wir sind unter der Email-Adresse: alina@die-linke-altona.de erreichbar.